

politix

Ausgabe 29 | 2011

methodix

methoden in der wissenschaft

methodische wissenschaft

ipw

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien
Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien
ISSN 1990-4630



Schwerpunkt Methoden in der Wissenschaft

In dieser Ausgabe:

Seite 7	Schwerpunkt Wahl der Waffen. Wissenschaftliche Methode und Gesellschaftspolitik Stefan Marx
Seite 10	Quantifying Europe? Quantitative Methodology & EU Research Zoe Lefkofridi
Seite 13	Teilnehmende Beobachtung als anthropologische Mainstream-Methode Susanne Oechsner
Seite 15	Nieder mit der Realität! Plädoyer für eine empirische Politikforschung Therese Fuchs
Seite 17	Vom Nutzen der visuellen Daten- und Dokumentenanalyse (VDA) für die sozialwissenschaftliche Forschung Karl H. Müller und Armin Reautschnig
Seite 20	Verstehen und Beobachten. Ein Plädoyer für eine trans-kommunikative Methodologie der Sozialwissenschaft Thomas A. Bauer
Seite 25	Qualitative Methodenlehre zwischen Offenheit und Technisierung Andrea Marhali und Johannes Starkbaum

Seite 28

Aktuell/Intern

„Unibrennt-Bewegung“ und die real existierende universitäre Linke – eine (selbst-)kritische Rekapitulation
Elmar Flatschart

Seite 32

Rezensionen

Gerti Zupanich
Das unermüdliche Bohren harter Bretter

Seite 32

Adrian Ortner
Nordkorea wissenschaftlich aufarbeiten: ein Widerspruch?

Seite 33

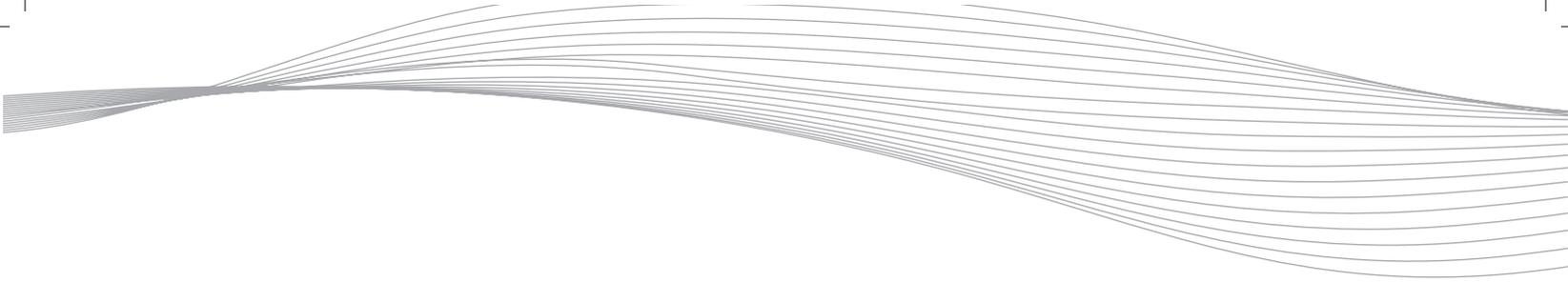
Stefan Marx
Das Minimum an Freiheit

Seite 34

Herwig Schinnerl
ZusammenReden

Seite 34

Karima Aziz
„Die Nomaden Europas“ – Jahrbuch Polen 2010 Migration



Erratum

Die Politix-Redaktion möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass uns in der letzten Ausgabe ein schwerwiegender Fehler unterlaufen ist: Der Beitrag „Squatting Teachers – kritische Formen des Lehrens und Lernens während den Besetzungen und darüber hinaus“, von Iris Mendel und Paul Scheibelhofer, welcher die Rolle von Lehrenden und Forschenden und deren Möglichkeiten im Rahmen der Uni-Proteste behandelt, ist in den Wirren der Uni-Proteste verloren gegangen. Dafür entschuldigt sich die Politix-Redaktion bei den AutorInnen, aber auch bei ihren LeserInnen!

Impressum

HerausgeberIn: Institut für Politikwissenschaft (ipw)

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Hauptverantwortliche dieser Ausgabe: Luise Luksch und Adrian Ortner

Redaktionsteam: Richard Bernato, Therese Fuchs, Luise Luksch, Stefan Marx, Adrian Ortner, Meropi Tzanetakis, Gerti Zupanich

Kontakt: Birgit Sauer

ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Tel.: 0043/1/4277/47712, Fax: 0043/1/4277/9477, mail: politix.politikwissenschaft@univie.ac.at

Art direction, Produktion: Richard Bernato (richard@aerosol.cc)

Auflage: 1000 Stück sowie Onlinepublikation unter www.univie.ac.at/politikwissenschaft

Offenlegung gem. §25 MedienG.: MedieninhaberIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Blattlinie: Politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

Editorial

Methoden ist ein Mittel zur wissenschaftlichen Erkenntnis. Die Wissenschaft bedient sich der Methoden im Bereich der Forschung wo die Anwendung bestimmter Methoden als Ausweis der Wissenschaftlichkeit bestimmter Ergebnisse und damit ihrer pekuniären Förderungswürdigkeit, dient. Die empirischen Forschungsmethoden erheben dabei den Anspruch vorurteilslos unter Ausschluss vorgefertigter Theoreme mit ihrem Material zu verfahren. Sie definieren ihre Begriffe durch die eigenen Forschungsinstrumente und nicht durch das Vorgefundene. Die Eigenständigkeit der Methoden gegenüber ihren institutionellen und Gegenstandsbezogenen Grundlagen scheint dabei Kriterium ihrer Seriosität zu sein. Die Marktforschung arbeitet unter ähnlichen Prämissen mit ähnlichen Methoden und beweist ihre Nützlichkeit ähnlich wie die seriöse Wissenschaft anhand der lukrierten Gelder.

Der ideographischen und nomothetischen Aneignung der empirischen Welt geht eben meist die Evaluierung des zu erzielenden Nutzens voraus. Wo sich aber axiomatische Methoden durch die Universalisierbarkeit ihrer Hypothesen der strikten Evaluierung und unmittelbaren Verwertung eher entziehen, kommen die empirisch-analytischen Methoden mit ihren Grundsätzen von Experiment und Statistik der Verwertung sehr entgegen. Der stille Kampf innerhalb der Politikwissenschaft, nicht nur zwischen diesen beiden Zugängen zur Wirklichkeit, sondern auch zwischen den verschiedenen Interpretationen vom

Nutzen der Wissenschaft soll Gegenstand dieser Ausgabe des Politix sein.

Dass wir Gegensätze lieben, wird schon aus der Reihenfolge der Artikel ersichtlich.

Angriffslustig wird dieses Heft eröffnet, mit einem Artikel von Stefan Marx über den Wissenschaftsbetrieb, in seiner ökonomischen Abhängigkeit und der Abhängigkeit dessen, was als wissenschaftlich gilt.

Als diametral entgegen stehend könnte der Beitrag von Zoe Lefkofridi bezeichnet werden. In „Quantifying Europe? Quantitative Methodology & EU Research“ beschreibt sie Forschung und Forschungsrichtungen über die Europäische Union.

Im Sinne der Interdisziplinarität stellt uns die Absolventin der Kultur- und Sozialanthropologie, Susanne Oechsner, dann die „Teilnehmende Beobachtung“, als eine in ihrem Fach sehr wichtige qualitative Methode, vor.

Um die Problematik der Wissenschaftlichkeit ganz allgemein, um das Wissen von der Realität, geht es in dem Text von Therese Fuchs.

Karl H. Müller und Armin Reautschnig behandeln in ihrem Artikel über die visuelle Daten- und Dokumentenanalyse eine Methode der Mustererkennung, die, wie sie behaupten, die „bestehende Kluft zwischen qualitativen und quantitativen Methoden schließt.“

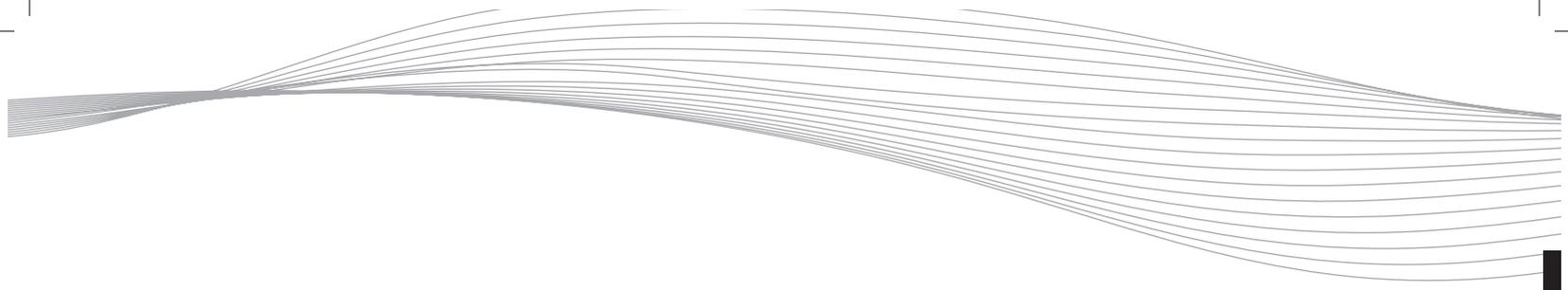
In eine ganz andere Richtung geht Thomas A. Bauer und richtet sich in seinem „Plädoyer für eine trans-

kommunikative Methodologie der Sozialwissenschaft“ gegen eine empirisch-analytische Sozialforschung, die verkennt, dass der Gegenstand der Sozialwissenschaften kein objektiver, kein fest umschriebenes, definierbares Objekt ist. Die Welt als Gegenstand von Sozialwissenschaft entsteht, so Bauers These, durch Kommunikation, und es bräuchte eine Methode, die dem gerecht werden kann.

Andrea Marhali und Johannes Starkbaum thematisieren in ihrem Artikel „Qualitative Methodenlehre zwischen Offenheit und Technisierung“ generelle Entwicklungstendenzen der qualitativen Forschung, wie etwa ihre wachsende Relevanz, die nicht unproblematische Standardisierung und die zunehmende Anwendung computerunterstützter qualitativer Datenanalyse-Software.

Noch einmal wurde von uns das Thema Studierendenproteste aufgegriffen - in der Rubrik aktuell, da - wenn auch nicht der Protest selber - so doch sein Anlass aktuell geblieben ist. Elmar Flatschart rekapituliert über die Unibrennt-Bewegung.

Am Ende dieses Heftes finden sich Rezensionen ausgewählter aktueller Publikationen.



Wahl der Waffen. Wissenschaftliche Methode und Gesellschaftspolitik

von Stefan Marx

Dissertant am ipw und
Redaktionsmitglied

Theodor Mommsen sagte 1874 bei seiner Rektoratsrede: „Der Begriff der geistigen Bildung, die Erziehung des Menschen zu reiner und voller Menschlichkeit vergrößert sich zusehends und setzt sich in immer steigendem Maße dem Publikum in die Vorstellung um, dass es ankomme auf die Erwerbung praktisch nützlicher Fertigkeiten, auf die möglichst frühe Abrichtung zu irgendeinem sogenannten Beruf.“ (zit. n. Pross 1959: 46)

Das Prinzip des Liberalismus führt historisch gesehen ein neues Konzept gesellschaftlicher Harmonie ein. Durch die Verfolgung partikularer Interessen hindurch werden die nivellierenden Prinzipien von Handel und Austausch als gesellschaftlicher Kitt verwendet.

Die Wertstudie von 2009 legt nahe: „Stark steigende Bedeutung hat die Existenz sichernde Rolle der Arbeit laut Daten der Wertstudie für Personen mit hoher Qualifikation.“ (Friesl 2009: 57) Es gibt am universitären Sektor (dies ist ein gesamtgesellschaftlicher Trend) eine Zunahme von atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Darüber hinaus verändern sich Zugang und Gestaltung von Freizeit. „Arbeitszeit und freie Zeit verschwimmen, scheinbar freie Zeit wird mit nutzbringenden

Dingen verknüpft, zum Beispiel Networking für die Arbeit.“ (ebd. 81)

Die Praxis der wissenschaftlichen Forschung und Lehre unterwirft sich zunehmend dem gängigen Klischee der Wirtschaftlichkeit. Das gesellschaftspolitische Faktum der ökonomischen Konkurrenz bringt damit das Potential der Geistes- und Sozialwissenschaften zu immer neuen Tiefpunkten. Die kritische Aneignung von Wissen wird allerorts durch die Produktion von verwertbarem Wissen unterbrochen. Die Konzentration auf Fachwissenschaft, die am naturwissenschaftlich orientierten Forschungsbetrieb sowie der kommerziellen Markt- und Meinungsforschung ausgerichtet ist, trübt den Blick für die Probleme der Gesellschaft; für die Verstrickung von Wissenschaft in sozioökonomische Prozesse; die gesellschaftlichen Hintergründe des eigenen wissenschaftlichen Arbeitens werden ignoriert. Längst werden in der Politikwissenschaft vielfach nur mehr Klassifikationen vorgenommen und die Gesetzmäßigkeiten der Bewegung der klassifizierten Gegenstände dokumentiert. Die so betrachteten und dokumentierten Sachverhalte werden mit Verwertungsinteresse klassifiziert und in die Berechnung der Kosten von Ausbildung und gesellschaftlichem Nutzen einbezogen. In der gesellschaftlichen Praxis steckt

immer etwas vom vorhandenen und angewandten Wissen. Bei Kant können wir lesen, dass die vorgefundenen Tatsachen schon vor der bewussten theoretischen Bearbeitung durch menschliche Vorstellungen und Begriffe bestimmt sind. Die Individuen im Wissenschaftsbetrieb sind gegen ihre eigenen instrumentellen Klassifikationen nicht immun. Die spezialisierte Arbeit leidet am Verlust des Überblicks. Themen werden bis zur völligen gesellschaftspolitischen Bedeutungslosigkeit voneinander abgegrenzt. Fächerübergreifendes Arbeiten innerhalb der Geisteswissenschaften kaum ernsthaft praktiziert. Der sachbezogene Dialog wird durch die auftrumpfende Rhetorik von Fördergeldanträgen verdeckt. Wo sich die Zahl der Publikationen in schwindelerregende Höhen häufen muss, bleibt redlicherweise das Nachdenken über die eigene Textproduktion auf der Strecke. Mit einem durchschnittlich gut dotierten Forschungsauftrag verdient man allemal mehr als bei der Arbeit mit StudentInnen. Im Mittelbau verheizt die Universität junge Menschen für die unübersehbaren Verwaltungsangelegenheiten und weigert sich, angemessen zu bezahlen. Von Forschung kann in dieser Lage kaum die Rede sein. Aber auch die unabhängige und nicht durch Gelder von Staat oder aus Werbung und Industrie kompromittierte Forschung befindet sich auf dem Rückzug. Seriöserweise

werden Aussagen nur mehr mit der Rückendeckung durch mindestens 500 ausgewertete Fragebögen überhaupt aussagekräftig. Ob hier wirklich die Nachvollziehbarkeit oder der Zugang zu billigem wissenschaftlichen Hilfspersonal (und damit die Monopolisierung „seriöser“ Forschung durch bestimmte Einrichtungen) die Entscheidung für die Mittel der Wahrheitsgenerierung ergibt, bleibt eine schwer zu ergründende Frage. Die wissenschaftliche Reputation wird dabei in Stapeln Papier und nicht in der Erzeugung kritischen Bewusstseins erworben. (1) Verständnis von Zusammenhängen, klare ethische Vorstellungen und soziales Engagement tragen nirgendwo hin. Eigene und freiwillige Initiative wird zwar als lobenswert erachtet, lässt sich im Lebenslauf aber nur schwer als Posten unterbringen.

Dabei müsste doch klar sein, dass das einzelne, zielgerichtete Streben nach Erfolg noch keinen Schluss auf die zugrundeliegende gesellschaftliche Vernünftigkeit des Unterfangens oder gar die Vernunftfähigkeit der Gesellschaft zulässt. Wenn das Zusammenwirken der Menschen in der Gesellschaft die Existenzweise ihrer Vernunft ist, dann unterliegt diese Vernunft in der Vermittlung vom Individuum ans Kollektiv einem irrationalen Moment.

Die Selbsterkenntnis des Denkens darf nicht auf das Aufdecken von Beziehungen zwischen geistigen Positionen und sozialen Standorten reduziert werden. Vernunftbestimmtes Handeln widerspricht der gesellschaftlichen Praxis, die die Existenz der Individuen formt. Die Unmenschlichkeit in den ökonomischen Bedingungen des Lebens wirkt auf alle gesellschaftlichen Bereiche und Vermittlungen. Das denkende Subjekt ist also nicht der Ort, an dem Wissen und Gegenstand zusammenfallen. Aus ihm ist kein absolutes Wissen zu gewinnen.

Naturwissenschaft als Ideal gegen Irrationalismus büßt an Wirksamkeit ein, wenn sie nur als ein zusätzliches Produktionsmittel eingesetzt wird. Die sich den Tabellen der MeinungsforscherInnen unterwerfenden quantitativen Methoden laufen Gefahr, sich zu nützlichen Marionetten des Medien- und Parteiensystems zu machen. Wissenschaft muss als geistiges Prinzip gerechtfertigt werden, das nicht nur aus empirischen Verfahren abgeleitete Erkenntnis auf dogmatische Kriterien hin als Wahrheit verabsolutiert. Die Wissenschaft kann nicht für sich selbst sprechen, wenn sie ein bloßes Werkzeug ist. Durch die Identifikation von Erkenntnis und Wissenschaft beschränkt die methodisch orientierte Wissenschaft die Intelligenz auf Funktionen, die zur Organisation von Material erforderlich sind, das bereits auf die kommerzielle Struktur zugeschnitten ist, zu deren Kritik die Intelligenz aufgerufen wäre. Die Anpassung an neue Moden des methodischen Arbeitens, die sich aus den verschiedensten Kalkülen speist, resultiert daraus, dass was auf dem Markt Durchsetzungskraft hat auch im Denken eine Rolle spielen kann. Die Tatsachen des Wettbewerbs, der sich rein funktionellen Aspekten unterwirft, schaffen Tatsachen des Denkens. Lebensziele werden nur in ihrer Möglichkeit wahrgenommen, funktional zu werden, der Mensch muss zweckmäßig leben, wenn er einigermaßen glücklich leben will. Individuelle Zwecke treten hinter die Anforderungen der Methode zurück. Forschungsziele, die über diese hinaus gehen würden, werden marginalisiert.

Dabei wirkt die aktuelle Wissenschaftsstruktur nur sehr begrenzt auf die Mehrheit der Gesellschaft. Beim Eintreten einer Krise reduziert sich die Zahl ihrer VerfechterInnen dramatisch, wie man an den aktuellen Debatten über die Universität ablesen kann.

Die analysierte Politik entgleitet ihren BeobachterInnen. Dem Blick der Forschung entgeht zusehends

die Gewalt der Verhältnisse und damit das Bewusstsein für die Grundlagen des Politischen. Die durch irrationale Konstellation geformten gesellschaftlichen Vermittlungsstrukturen schärfen das Bewusstsein der Individuen für ihre Ohnmacht. Politisch entsteht daraus aber nur der Wille, diese zu kompensieren, indem Respekt nur dem Prinzip der Durchsetzung gezollt wird, die sich allerorten und auch an der Universität als einzige bewährt. Gefördert wird damit die Perpetuierung gesellschaftlicher Reproduktion durch den reinen Gebrauch von Macht. Nur sie wird respektiert und geachtet. Daher existiert eine „unheilvolle Ohnmacht demokratischer Argumente“ (Schmidt 2008: 129) wenn sie gegen totalitäre Methoden konkurrieren sollen. Die Antwort auf Krisen liegt meist in der Bekämpfung der Natur außerhalb eines bestimmten AdressatInnenkreises. Diejenigen, die sich zu RetterInnen stilisieren, sehen sich (werden betrachtet) als VerfechterInnen der Zivilisation und können gleichzeitig ihre sonst, durch Zivilisation mühsam verdrängten und verschütteten Wünsche entfesseln. Es wird nur die äußere nicht die innere Natur des Menschen bekämpft. Das Thema Immigration ist im Wahlkampf nur der Platzhalter für diesen potentiell mörderischen Vorgang.

Während mit der Selbstzerstörung der gesellschaftspolitischen Relevanz der Politikwissenschaft die einzelnen Forschungsfelder immer mehr der öffentlichen Wahrnehmung entschwinden, entfernt sich auch die Politik aus dem Bewusstsein der Menschen. Bei allen Bevölkerungsgruppen stellt die Wertstudie eine geringe Relevanz für das Feld der Politik fest. Sie rangiert mit 7% selbst hinter der Religion. (Friesl 2009: 209) Damit sinkt auch das Vertrauen in politische Institutionen und damit geht die Wahrnehmung der Demokratie als „entscheidungsschwach“ (ebd. 222) einher. Der Kult des einwandfreien unfehlbaren Wissens führt dazu, dass

die Hälfte der Bevölkerung lieber von ExpertInnen als von gewählten RegierungsvertreterInnen regiert werden will. Ein Fünftel könnte sich darüber hinaus einen starken Führer als Herrscher vorstellen. Dieser Wunsch nach einem starken Mann lässt sich aber nicht mit der konkreten Kritik an der österreichischen Demokratie und Politik erklären. Er muss ein „tiefer sitzendes Motiv“ (ebd. 224) haben. Fast ein Drittel glaubt daran, dass, wo strenge Autorität ist, auch Gerechtigkeit herrschen würde. Diese autoritäre Situation wird noch durch die Widersprüchlichkeit des zugrundeliegenden Denkens übertroffen. Menschen fordern „einerseits eine sozial kompatible Wirtschaftsordnung“, wollen andererseits „für ihre persönliche Lebensrealität das individualistische Leistungsdenken einer liberalen Wirtschaftsordnung durchaus internalisiert haben“ (ebd. 252) und graben sich damit im perennierenden

Stande selbstverschuldeter Unmündigkeit die Möglichkeit zur Änderung ihrer Situation ab. Sichtbar wird dies auch am Nationalstolz. Diese Österreichliebe hat, wie die Autorinnen der Studie feststellen, ein „zivilisatorisches Defizit“ (ebd. 275), denn sie hat „zunehmend weniger mit dem Stolz auf die Errungenschaften einer modernen, demokratischen Bürger/-innengesellschaft zu tun“ (ebd.). Es sieht vielmehr so aus, dass der Zugewinn an persönlicher Freiheit der letzten 30 Jahre nicht konstruktiv bewältigt werden konnte. Anstatt Toleranz, Liberalität und Solidarität zu fördern, entwickelte sich ein Konkurrenz- und Abgrenzungsdenken.

Die Auseinandersetzung ist nicht verloren. Wir befinden uns in der günstigen Situation, dass wir gerade die Waffen wählen, mit denen wir um die kritischen Möglichkeiten der Wissenschaft streiten. Methoden sind keine Zwecke der kommerziellen Wissenschaft, sondern Mittel der

Erkenntnis. Sie sollten so eingesetzt werden.

Anmerkung

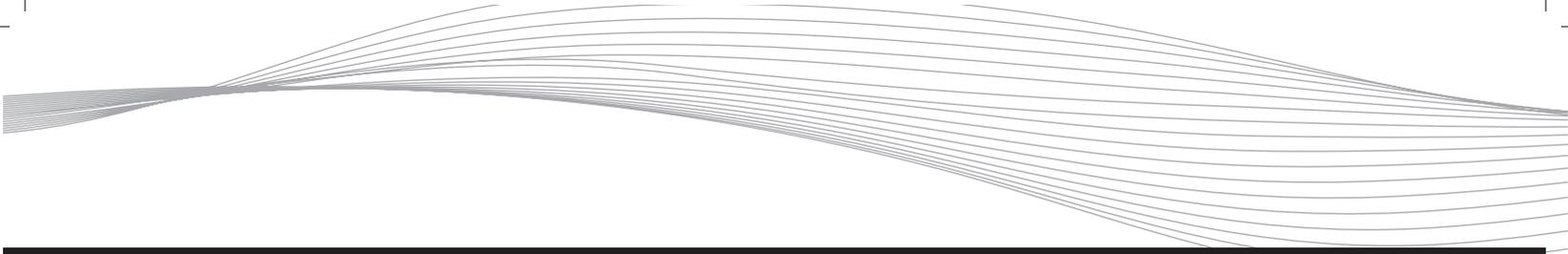
(1) Aktuell rechnet der Amerikanische Soziologe Andrew Abbott dieser Form der Wissensproduktion ihre Defizite vor. Wer auf das Publizieren mehr Wert legt als auf das „Nachgedachthaben“, verfehlt das Ziel einer freien und kritischen Wissenschaft. (Die drei Formen der Ignoranz, in FAZ Nr. 250, Mittwoch 27. Oktober 2010, N5)

Literatur

Friesl, Polak, Hamachers-Zuba [Hg.] (2009): Die Österreicher_innen. Wertewandel 1990-2008, Wien.

Schmidt, Alfred [Hg.] (2008): Max Horkheimer. Gesammelte Schriften. Band 6: Zur Kritik der instrumentellen Vernunft und Notizen 1949-1969, Frankfurt.

Pross, Harry [Hg.] (1959): Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871-1933, Frankfurt.



Quantifying Europe? Quantitative Methodology & EU Research^[1]

von Zoe Lefkofridi

Dept. of Methods in the Social Sciences

The field of European Union (EU) Studies has traditionally been an interdisciplinary and multi-method research enterprise. In the past fifteen years, political research on European integration has increasingly employed quantitative methodology and new journals have been created to host such works (e.g. *European Union Politics*). The present article seeks to contextualize the “quantitative boom” in political research on EU and its role in advancing our understanding of European integration. To do so, it sketches out: firstly, the main characteristics of quantitative methodology in political analysis and secondly, the evolution of quantitative research on the EU.

Quantitative Methodology in Political Science

Though some statistical theorists question the general applicability of the conventional (i.e. regression-based) quantitative approach (see Brady & Collier 2010), some quantitative methodologists advocate that this approach provides the general template for conducting scientific research. The attempt to present one type of

method as superior to another has created a false debate (and a bitter divide) among political scientists. The debate is false because not all analytic goals can be pursued simultaneously. Thus, the choice of methodology for research in political science depends upon the priorities of the investigator. Qualitative methodology is preferred if research aims at approaching a subject about which little is known with maximum openness and inquisitiveness. Qualitative methods are also most appropriate when the researcher is interested in understanding contexts, processes, causal mechanisms and thus the meanings, reasons, etc. that one cannot observe via standardized questionnaires. Despite their merits, small-N comparisons provide a weak basis for causal inference. So, quantitative methodology is preferred if the aim is systematic comparison of large amounts of cases, generalization and hypothesis testing.

Quantitative work in political science typically follows an „effect-of-causes“ approach, in that it seeks to estimate the average effect of various independent variables on a phenomenon that begs explanation (see Mahoney & Goertz 2006). Political scientists employing quantitative methodology view the relationship between theory and research as deductive: starting with an extant theory, they formulate hypotheses about the empirical world and then devise a research design, construct measures of the concepts of

interest and select research sites and subjects. Finally, they collect, process and analyze data so as to produce findings that (dis)confirm the original hypotheses. In essence, quantitative methodology relies on the collection of (large amounts of) numerical data and employs statistical theory so as to discern and explain patterns in this data. Quantitative scholars view the cases they analyze as a sample of a potentially larger universe because they are interested in generalizations: by observing variables over a large number of cases, they make inferences about a class of political phenomena. And though quantitative methodology is contrasted to qualitative methodology as a different culture of inquiry (ibid.), both cultures are plagued by the same measurement problems (e.g. selection bias, omitted variables, measurement error and endogeneity).

Generation of quantitative data allowing for comparisons across large numbers of cases is an expensive and time-consuming enterprise, while improvement of data quality requires intense collaboration among researchers. Ideally, survey-questions are designed based on (competing) theoretical explanations. Lacking the appropriate quantitative data to test their hypotheses, quantitative analysts might need to compromise their research questions and design. Or, they might search for explanations that fit the available data – a practice going against deductive logic. Data-driven

quantitative analysis is a problem for scientific discovery in so far data availability limits the range of topics that actually get investigated.

Quantitative Political Research on the European Union

Quantitative work on the EU is based on the observation and measurement of repeated incidences of political phenomena, such as public attitudes to European integration, voting in European elections, voting patterns within the European Parliament (EP), etc. The theories employed in quantitative work on the EU – e.g. electoral, legislative, executive or judicial studies – draw extensively on the literatures of comparative federalism and American politics.

Like all research on European integration, quantitative work on the EU evolved together with the EU itself. The earliest attempts to set up large datasets that specifically inquire about EU-related political phenomena in a quantitative manner occurred in the 1970s.

Firstly, the Eurobarometer (EB) (2) was established by the European Commission in 1973, as an instrument to survey public opinion based on identical questions for all member states. The aim was to assess and compare attitudes and reactions of citizens from different member states to Community-related (e.g. enlargement, EP elections) or every day issues (e.g. environment, family, health, tourism, agriculture, racism and xenophobia, equal opportunities, etc.). The EB data opened up possibilities for researchers to observe public attitudes over time and across countries. Such data has since then been widely used to test existing (economic, sociological and psychological) theories of political behavior in the EU context. A prominent example of such research tries to explain

variation in public (attitudinal and behavioral) support for the EU.

Secondly, the introduction of direct elections to the European Parliament in 1979 motivated a transnational group of researchers interested in electoral participation and voting behavior to join forces and create the European Election Study (EES) (3). This study was conducted in cooperation with the EB and fielded post-election surveys of voters in all the countries that took part in EP elections. A recurrent finding in this tradition is that, compared to national elections, EP elections are “second-order” elections (Schmitt 2005) in that turnout is lower, big/government parties lose and small/extreme parties gain votes. With time, the EES grew to include more researchers and more components than the post-election surveys among representative samples of voters. These additional components include content analyses of party manifestos for the EP elections (“Euromanifestos”) (4), elite surveys (candidates for and deputies in the EP), and content analyses of media news covering the EP electoral campaigns. The introduction of these components facilitated comparisons between masses and elites, across countries and over time. Such data gradually also became an important part of European research on political representation, especially for inquiries of congruence between represented and their representatives (5). The goal of transnational collaboration has been to collect essential information required for a recurrent audit of crucial aspects of the electoral process in the EU as a whole such as turnout, voting behavior, party competition, (de-) politicization and representation.

Yet, the strands of quantitative work studying public opinion and elections in the EU constituted a minority subfield in EU Studies. The field was for long dominated by international relations (IR) scholarship and a heated debate between neofunctionalists and intergovernmentalists over what triggers

European integration. In the meantime, however, collaboration among few European states in a few policy sectors gradually evolved into what we know today as the EU of 27 member states. The bulk of the *acquis communautaire* combined with the direct effect and supremacy of EU over national law made knowledge of how the EU works and why it does so a necessity for academics (as well as for every physical and legal person affected by it). And the more the EU resembled domestic polities, the more attractive it became to scholars from Comparative Politics (CP). In the mid-nineties, Simon Hix (1994) made a call to comparativists: he argued that the EU could be theorized as a political system and underlined the need to utilize off-the-shelf theoretical and methodological tools from CP to inquire about EU politics and the EU polity. Institutional analysis, which became the mainstream approach in political science, soon conquered integration studies. The former theoretical divide soon faded in favor of a new debate between constructivists and rationalists. The question was not whether institutions matter, but how and to what extent. It was in this context that the big bang of quantitative methodology occurred.

Among comparative neo-institutionalist students of the EU, historical and sociological institutionalists are (mostly) associated with inductive reasoning and the case-study framework, whereas rational choice institutionalists (mostly) work in a deductive fashion using formal and/or statistical models (see Aspinwall & Schneider 2000). Rationalism sees interests as materially given and adheres to positivist conception of knowledge gathering – involving a commitment to the scientific method, the neutrality of facts and the existence of observable realities. Economics and econometrics constitute the role-models for rationalist research in EU studies and political science in general. It should be noted, however, that the nature of variables in economics is very different than those in political science,

which continues to witness intense disagreement over adequate operational definitions for (and measurement of) key political concepts (e.g. democracy).

The contemporary rational choice literature draws largely on American inquiries (e.g. those studying the workings of the committee system and voting behavior in the US Congress since the 1970s). Similarly, in EU studies, a prime concern of such works has been to explain decision-making within supranational institutions. The punchline of rationalist (statistical and formal) research is that „power in the EU is shared in a complex and often counterintuitive way between competing actors“ (Aspinwall & Schneider 2000: 23). In general, this literature has shed light on the role and influence of the European Commission, the Council of Ministers, the EP and the European Court of Justice (ECJ), their relationship with national and subnational actors as well as the broader impact of European integration on national systems and the actors therein (Europeanization). By working within the same framework, these works have been able to build on one another, share data and produce cumulative knowledge on EU institutions. According to Pollack (2005: 379), „the creation and dissemination of a range of new databases (6), the scope for systematic testing and falsification of theories will only increase in the years to come, making the EU an increasingly promising arena for the practice of „normal science““.

Conclusion

The proliferation of quantitative methodology in EU research has been enhanced by the increasing engagement of comparative scholarship using off-the-shelf tools with the topic. Also, quantitative analysis in EU studies has expanded due to increasing cooperation within the research community and the creation of transnational datasets. In this respect, funding of transnational

networking and collaborative projects has been catalytic. To illustrate, activities of the EES have been partly funded by national research agencies and by the EU under the 6th (“Connecting Excellence on European Governance”-CONNEX) and 7th Framework Program (“Providing an Infrastructure for Electoral Democracy in the EU”-PIREDEU).

For some observers, the comparative, rationalist and positivist research strand currently dominates the field of EU studies (Pollack 2005), whereas for others qualitative analyses and case-studies still remain preponderant (Jupille 2005). In any event, methodological monopoly (qualitative or quantitative) is an unwelcome phenomenon in all kinds of research. The understanding of the EU – and scientific progress in general – profits from constructive dialogue and cooperation between different theories and methodologies. Seen under this light, the recent engagement of EU scholars with quantitative methodology is a positive development. However, we should bear in mind that there is no „better“ or „worse“ method for studying the EU; different methods serve different purposes. While small-N comparative approaches excel in concept formation and in formulating explanatory ideas, large-N comparisons help achieve generalizations about the EU as a whole. Therefore, if our aim is a more thorough understanding of European integration and its effects, a fruitful way to go is: to acknowledge the assets and limitations of quantitative and qualitative methodologies and strengthen the links between them by promoting an integrated approach to the design and execution of scientific inquiry (see Brady & Collier 2010).

Anmerkungen

1 I am grateful to Juan Casado-Asensio for comments on this article.

2 See official website of the European Commission,

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

3 See the homepage of the EES, <http://www.ees-homepage.net/>

4 See also the Euromanifestos Project, <http://www.mzes.uni-mannheim.de/projekte/manifestos/>

5 See for example: Representation & Policy Congruence in Europe (REPCONG), <http://repcong.univie.ac.at/>

6 See for example: European Parliament Research Group, <http://www.lse.ac.uk/collections/EPRG/Default.htm>

Literatur

Aspinwall, D. M. & Schneider, G. (2000): Same menu, separate tables: The institutionalist turn in political science and the study of European integration. *European Journal of Political Research* 38/1

Brady, H. E. & Collier, D. (2010) (eds): *Rethinking Social Inquiry*. (see chapter 13 and 14)

Hix, Simon (1994): *The Study of the European Community: The challenge to comparative politics*. *West European Politics* 17/1

Jupille, J. (2005): *Knowing Europe: metatheory and methodology in European Union Studies*. In: Cini, M. & Bourne, A. K. (eds). *Palgrave Advances in EU Studies*. Basingstoke

Mahoney, J. & Goertz, G. (2006): *A Tale of Two Cultures: Contrasting Quantitative and Qualitative Research*. *Political Analysis*. 14/3

Pollack, M. (2005): *Theorizing the European Union: International Organization, Domestic Polity or Experiment in New Governance?* *Annual Review of Political Science* 8

Schmitt, H. (2005): *The European Parliament Elections of June 2004: Still Second-Order?* *West European Politics* 28/3

Teilnehmende Beobachtung als anthropologische Mainstream-Methode

von Susanne Oechsner

Absolventin der Kultur- und Sozialanthropologie

Fragt man eine/n Kultur- und Sozialanthropolog_in (KSA) - altgedient oder frisch absolviert - nach der KSA-Methode schlechthin, so lautet die Antwort in den meisten aller Fälle „Teilnehmende Beobachtung“, wenn auch angemerkt wird, dass diese je nach Fragestellung in einen Mix aus anderen sozialwissenschaftlichen Methoden eingebunden sein kann, oft sogar soll.

Bronislaw Malinowski gilt als der Gründervater dessen, was heute unter Teilnehmender Beobachtung verstanden wird, obwohl hinzugefügt werden muss, dass diese Bezeichnung erst 1940 durch Florence Kluckhohn Eingang in die anthropologische Literatur fand (vgl. Müntz, 2010: 380). Malinowski forschte zwischen 1914 und 1918 auf den Trobriand Islands – einem damals britischen Kolonialgebiet im Südpazifik – und trug reiches Material zusammen, aus dem er in den folgenden Jahren extensiv publizierte. Auch wenn bereits vor ihm ethnologische Feldforschung durchgeführt worden war (etwa von Alfred Radcliffe-Brown, einem weiteren wichtigen Vertreter der frühen britischen Sozialanthropologie), so war es Malinowski, der Standards begründete, die - trotz späterer Kritik sowohl an den politischen Bedingungen, unter denen koloniale Forschung stattfand, als auch an der Konstruktion und Repräsentation „der Anderen“ - heute

noch von Bedeutung sind (vgl. Eriksen, 2001: 15).

Malinowski plädierte für lange Feldforschungsaufenthalte, engen Kontakt zu den Forschungssubjekten, das Erlernen der indigenen Sprache und die Teilnahme am Alltagsleben (vgl. Barnard, 2000: 66; Eriksen, 2001: 15). Diese Herangehensweise wandte sich gegen die damals vorherrschende Forschungspraxis der so genannten *armchair anthropologists* (Anthropologen, die ihren Theoretisierungen nicht eigens erhobenes empirisches Material zugrunde legten, sondern die hierfür auf Tagebücher und Berichte Reisender oder Kolonialbeamter zurückgriffen und somit außerhalb der von ihnen beschriebenen Gesellschaft blieben) und läutete einen Paradigmenwechsel ein. Postuliert wurde eine Methode anthropologischen Forschens, die es ermöglichen sollte, eine Kultur oder eine Gesellschaft in ihrer Gesamtheit wahrzunehmen und zu beschreiben. Über die einen langen Zeitraum hinweg gelebte Nähe und Teilnehmende Beobachtung des sozialen Lebens versucht die Forscher_in ein tiefes inneres Verständnis, eine Innensicht der relevanten gesellschaftlichen Kategorien, Institutionen und sozialen Prozesse zu erlangen. Sie soll so tief wie möglich in die soziale und kulturelle Welt ihrer Forschungssubjekte eintauchen und während des Forschungsprozesses einen Zwischenstatus einnehmen – weder der Herkunfts-, noch der neuen Sphäre richtig zugehörig sein, in beiden eine Randposition einnehmen (vgl. Eriksen, 2001: 26).

Nicht nur in der KSA fand (und findet) die Methode der Teilnehmenden Beobachtung Anwendung. Sozialwissenschaftliche Ethnographien untersuchen im Unterschied zur traditionellen KSA die eigene Kultur, oder „Kulturen in der eigenen Gesellschaft“ (Lüders, 2000: 390), wenn sich mittlerweile die KSA mit *anthropology at home* zunehmend auch der eigenen Gesellschaft zuwendet, denn, wie Eriksen es formuliert „the most fundamental questions we ask about culture, society, and so on are equally relevant anywhere in the world“ (Eriksen, 2001: 30). In den 1920er und 30er-Jahren etablierte sich mit der Chicago School of Sociology eine einflussreiche Richtung der Stadtsoziologie, die sich besonders in ihren Anfängen auf ethnographische Feldstudien zu marginal(isiert)en urbanen Subkulturen konzentrierte (vgl. Lamnek, 1995: 239; Lüders, 2001: 385) und ab den 1960er Jahren das Augenmerk vermehrt auf Praktiken der (Lohn-)Arbeit richtete. Weitere Bereiche, in denen Teilnehmende Beobachtung heute zum Einsatz kommt, sind beispielsweise das Feld des Produktdesigns oder die Mensch-Computer-Interaktionsforschung (vgl. Dourish, 2001: 60f).

Was macht nun Teilnehmende Beobachtung aus, wie wird sie durchgeführt und welche Erkenntnisse lassen sich erlangen? Müntz hält drei Qualitäten Teilnehmender Beobachtung fest: „Die (1) *Gleichörtlichkeit* und die (2) *Gleichzeitigkeit der sozialen (alltäglichen) Ereignisse*, die Gegenstand der Datenerhebung sind, *mit dem Prozess der Datengenerierung* sowie die

(3) *Fokussierung* der Teilnehmenden Beobachtung und der daraus resultierenden Beschreibung auf das Sichtbare, Hörbare und Spürbare, also *auf das durch alle Sinne Wahrnehmbare.*“ (Münst, 2010: 380, Hervorh. im Orig.). Im Zentrum steht das Streben nach einem weitreichend internalisierten Verstehen der Alltagspraxis der Menschen, ihres Bezugssystems und Erfahrungshorizonts. Menschliche Lebenswelten sind geprägt von Ambivalenzen und Unvorhergesehenem. Teilnehmende Beobachtung, die genau diese „natürliche Lebenswelt der Beobachteten“ (Lamnek, 1995: 243) in den Blick nimmt, ist daher schwer in ihrer Gesamtheit planbar und vorhersehbar, weiters regeln feldspezifische Normen und der Kontext Beteiligungs- und Handlungsmöglichkeiten der Forscher_in (vgl. Münst, 2010: 381). Es kann demnach nur ein idealtypischer Ablauf skizziert werden, der in der Praxis situations- und kontextabhängig abgewandelt und angepasst werden muss.

Zentrale Fragen, die sich zu Beginn der Forschung stellen, betreffen die Konzeptualisierung der Teilnehmenden Beobachtung selbst: Soll die Forschung offen oder verdeckt stattfinden? Letzteres birgt massive ethische Probleme, da die Forschungssubjekte der Forschung weder zustimmen, noch diese ablehnen können. Soll sie strukturiert oder unstrukturiert vor sich gehen? Unstrukturiert bedeutet, dass der/die Forscher_in sich dem Feld ohne im Vorhinein festgelegte Beobachtungskategorien nähert, sondern Kategorien erst im Forschungsprozess bildet, was sich besonders bei explorativen Studien anbietet. Der/Die Forscher_in durchläuft während der Teilnehmenden Beobachtung mehrere Phasen: Annäherung an das Forschungsfeld, Orientierung, Initiation, Assimilation und Abschluss bzw. Ausstieg (vgl. Lamnek, 1995: 278f.). Das Feld, das für die Teilnehmende Beobachtung abgesteckt wird, ist von vornherein dadurch charakterisiert, dass es sowohl räumlich als auch zeitlich begrenzt ist,

somit kann Teilnehmende Beobachtung immer nur Ausschnitte sozialer Realität erheben (vgl. Lamnek 1995: 244ff.), die durch die Anwesenheit des/der Forscher_in auch nicht unberührt bleiben. Dadurch, dass er/sie sich ins Feld begibt, verändert er/sie es, hat durch die Teilnahme Einfluss auf das Beobachtete, was im Forschungsprozess und im Writing Up unbedingt reflektiert werden sollte. Wichtige Fragen gilt es während des Zugangsprozesses zu klären – sie haben Auswirkungen auf die Vorgehensweise beim Feldeinstieg. Ist der Zugang zum Feld reglementiert oder offen? Gibt es Barrieren und wenn ja, wie lassen sich diese überwinden? Gibt es Schlüsselpersonen, die den Zugang ermöglichen oder erleichtern können?

Ist im Idealfall der Zugang gelungen, eine adäquate Beobachter_innenrolle und ein Vertrauensverhältnis zu den Forschungssubjekten und zu zentralen Informant_innen etabliert, so ist der/die Forscher_in nun vor Ort, lebt mit, führt informelle Gespräche, ist aktiv und passiv, beobachtet und nimmt teil, fragt und hört, spricht und schweigt. Teilnehmende Beobachtung nimmt durch die forschungstechnisch zentrale Ebene des persönlichen Naheverhältnisses zu den Forschungssubjekten eine Sonderrolle unter anderen Methoden der qualitativen Datenerhebung ein: „[R]elationships of intimacy and familiarity between researcher and subject are envisioned as a fundamental medium of investigation rather than as an extraneous by-product or even an impediment.“ (Amit, 2000: 2) Der/Die Forscher_in hat die schwierige Aufgabe zu bewerkstelligen, Distanz und Identifikation im Feld miteinander zu vereinbaren, denn „teilnehmende Beobachtung geht nur, wenn der Forscher Identifikation mit und Distanz zu der untersuchten sozialen Wirklichkeit gleichzeitig herstellen kann“ (Lamnek, 1995: 315).

Eine erste Distanzierung kann über die forschungsbegleitende Verschriftlichung bewerkstelligt werden (und in weiterer Folge über das forschungsbeendende Writing Up). Ein zentrales Mittel der

Datengenerierung sind Feldnotizen, die je nach Setting entweder während der Teilnehmenden Beobachtung gemacht werden oder - falls dies nicht möglich ist - im unmittelbaren Anschluss an die Beobachtungseinheit. Es ist ratsam, die Feldnotizen von persönlichen Befindlichkeiten zu trennen und letztere beispielsweise in einem Feldforschungstagebuch festzuhalten, oder sie in den Feldnotizen entsprechend zu kennzeichnen (vgl. Münst, 2010: 384). Ein zweites Dokument, das für den empirischen Prozess und die Analyse der Ergebnisse von großem Gewinn ist, ist ein Protokoll, das ebenfalls möglichst bald nach der Beobachtung erstellt werden sollte und zentrale Punkte auf einem bereits abstrahierteren Niveau als jenem der Feldnotizen festhält. Der Ausstieg aus dem Feld sollte sich in einer Weise gestalten, dass der Weg zurück zu einem späteren Zeitpunkt gut möglich ist. Als Gradmesser für das „passende“ Ende einer Feldforschung nennt Eriksen jenen Zeitpunkt, an dem die Anwesenheit des/der Forscher_in im Forschungskontext nichts Ungewöhnliches mehr darstellt und sie nahezu natürlich eingepasst ist in die anfangs fremde Umgebung (vgl. Eriksen, 2001:24).

Kritisiert wird die Methode der Teilnehmenden Beobachtung für ihre mangelnde Reliabilität, Validität und Objektivität (vgl. Lüders, 2008; Münst, 2010). Fraglich ist der Status und die wissenschaftliche Aussagekraft subjektiver Feldnotizen und Protokolle und die Art der Auswertung der erhobenen Daten. Als Möglichkeit, mit diesen Ambivalenzen umzugehen, wird eine Kombination mehrerer Methoden der Datengenerierung, also eine Methodentriangulation, vorgeschlagen, wenn diese die Fallstricke auch nicht letztgültig zu eliminieren vermag (vgl. Lüders, 2008: 399ff.) und die subjektive Positioniertheit des/der Forscher_in immer mitbedacht werden muss. Ein weiteres Problemfeld leitet sich aus dem schwierigen Verhältnis von Distanz und Identifikation ab. Eine Überidentifikation mit den Forschungssubjekten und dem Feld - *going native* - kann den analytischen Blick verstellen und

negative Auswirkungen auf die Forschungsergebnisse haben.

Zu den Stärken ist zu sagen, dass durch die Teilnehmende Beobachtung Zugang zu implizitem Wissen gewonnen werden kann, das verbal nicht vermittelbar ist, was beispielsweise bei „[h] abitualisierten Handlungen und [den] zugrunde liegenden Handlungslogiken“ (Münst, 2010: 384) der Fall ist. Hinzu kommt, dass im Feld durch die Dauer und Intensität des Austauschs eine Beziehung und ein Vertrauensverhältnis zwischen Forscher_in und Forschungssubjekten entsteht, was die Generierung detaillierteren Datenmaterials als über andere (qualitative oder quantitative) Methoden ermöglicht. Dies kann jedoch auch zu ethischen Dilemmata führen, ist man als Forscher_in doch dazu verpflichtet, die Informant_innen zu schützen und ihr Vertrauen nicht zu missbrauchen.

Daher muss möglicherweise für die Forschungsfrage relevantes Material von der Publikation ausgeschlossen werden (vgl. Münst, 2010: 384).

Abschließend ist zu sagen, dass dem/der werdenden Anthropologin des Öfteren nahegelegt wurde, „richtige“ Feldforschung dauere mindestens ein Jahr, denn nach diesem Zeitraum könne man sicher sein, nahezu alle wichtigen Ereignisse eines Jahreszyklus miterlebt und erfasst zu haben. In Zeiten verknappter Mittel für wissenschaftliche Forschung und zeitlich gestraffter Karriereschritte stellt Feldforschung von einem Jahr oder länger jedoch wohl eher die Ausnahme als die Regel dar.

Literatur

Amit, Vered (2000): Introduction: constructing the field. In: Amit, Vered (Hg.) Constructing the Field. Ethnographic

Fieldwork in the Contemporary World. Abingdon

Barnard, Alan (2000): History and Theory in Anthropology. Cambridge

Dourish, Paul (2001): Where the Action is. Cambridge

Eriksen, Thomas Hylland (2001): Small Places, Large Issues. An Introduction to Social and Cultural Anthropology. London

Lamnek, Siegfried (1995): Qualitative Sozialforschung. Band 2. Methoden und Techniken. Weinheim

Lüders, Christian (2008): Beobachten im Feld und Ethnographie. In: Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg

Münst, Agnes Senganata (2010): Teilnehmende Beobachtung: Erforschung der sozialen Praxis. In: Becker, Ruth; Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methode, Empirie. Wiesbaden

Nieder mit der Realität! Plädoyer für eine empirische Politikforschung.

von Therese Fuchs

Diplomandin am ipw und Redaktionsmitglied

Immer noch zeigt sich im Studium der Politikwissenschaft eine große Gleichgültigkeit gegenüber den Voraussetzungen des wissenschaftlichen Forschens. Methoden werden auswendig gelernt und dann so gut es eben geht in eine Arbeit zwischen theoretischen und praktischen Teil gezwängt. Was heute zur Glaubensfrage hochgespielt wird - qualitative oder quantitative Methoden - stellte sich für die Politikwissenschaft lange gar nicht, da sie sich nicht als

empirisch arbeitende Disziplin verstand. Politikwissenschaft war philosophische Reflexion über Politikfragen oder rechtswissenschaftliche Staatslehre - „bewährte hermeneutisch-geisteswissenschaftliche Forschung, die schriftliche Primär- und Sekundärquellen aller Art anhand von persönlichem Hintergrundwissen auswertet.“ (Flick et. al. 1995: 54)

Zwischen der Front positivistisch-quantitativer Forschung gegen geistes- und rechtswissenschaftliche Hermeneutik war für qualitative Ansätze wenig Platz. Aber trotz der gewachsenen Akzeptanz für qualitative Ansätze heute, wird ihr kritisches Potential bestenfalls

hingenommen, anstatt sich über ihren Gebrauch Gedanken zu machen.

Woran aber die Politik-Forschung (immer noch!) ganz grundsätzlich krankt, sind zwei fundamentale Irrtümer. Der eine Irrtum liegt darin, anzunehmen, dass es eine widerspruchsfreie und im Grunde unveränderbare Realität gäbe. Der zweite, dass diese Realität erkennbar und analysierbar sei.

Das Betreiben der Forschung besteht somit darin, Hypothesen mithilfe aller Arten von Methoden an einer - für wahr und konsistent angenommenen - Wirklichkeit zu prüfen. Ein solches Vorgehen befindet sich, vom heutigen

Stand der Philosophie aus gesehen, in einer vergangenen Epoche.

Was einer solchen These vorangeht, ist die von Kant aufgeworfene *Differenz zwischen der Erfahrung der Dinge und den Dingen an sich*. Wie mit dieser Differenz umgehen? Wenn die zu erkennende Wirklichkeit immer nur eine Wirklichkeit für uns sein kann, welchen Sinn hat es dann noch, Wissenschaft zu betreiben?

Nietzsche ist womöglich der erste, der dafür plädiert, diese Differenz einfach auf sich beruhen zu lassen. Im 16. Aphorismus von *Menschliches, Allzumenschliches* – „Erscheinung und Ding an sich“ – gibt Nietzsche einige Reaktionsweisen auf dieses Dilemma. Sich auf eine „schauerlich geheimnisvolle Weise zum Aufgeben unseres Intellekts“ [sic] (Nietzsche 1999: 37) gedrängt zu fühlen, sich in das Unerkennbare zu stürzen und selbst wesenhaft zu werden – der dionysische Rausch – ist die eine Option. Eine andere wäre, „anstatt den Intellekt als Schuldigen anzuklagen, das Wesen der Dinge als Ursache dieses tatsächlichen, sehr unheimlichen Weltcharakters anzuschuldigen“ [sic] (ebd.). Die Reaktion, für die Nietzsche nun plädiert (nicht dass er die anderen Optionen nicht ausprobiert hätte), ist sich mit der Welt als Resultat aus einer Menge an Irrtümern und Phantasien abzufinden. „Von dieser Welt der Vorstellung vermag uns die strenge Wissenschaft tatsächlich nur in geringem Maasse zu lösen – wie es auch gar nicht zu wünschen ist –, insofern sie die Gewalt uralter Gewohnheiten der Empfindung nicht wesentlich zu brechen vermag: aber sie kann die Geschichte der Entstehung jener Welt als Vorstellung ganz allmählich und schrittweise aufhellen – und uns wenigstens für Augenblicke über den ganzen Vorgang hinausheben. Vielleicht erkennen wir dann, dass das Ding an sich eines homerischen Gelächters werth ist: dass es so viel, ja Alles schien und eigentlich leer, nämlich bedeutungsleer ist.“ [sic] (ebd.)

Die Frage nach den Dingen-an-sich auf sich beruhen zu lassen, bedeutet,

nun die Unbekümmertheit gefunden zu haben, die es braucht, um zu analysieren. Erst die Verabschiedung von jeder metaphysischen Norm und allen Unveränderlichkeiten ermöglicht es, die Dinge und die wissenschaftlichen Daten zu drehen und zu wenden. Was dabei zum Vorschein kommt, sind nicht ihre Ursprünge und Notwendigkeiten, sondern die Zufälligkeit und die kleinen Unstimmigkeiten, Brüche und Risse und alles andere als Unveränderbarkeit. In eben diesem Sinne verstehe ich auch Adornos Begriff von Deutung als die Aufgabe von Philosophie: dabei geht es nicht um die Interpretation, das Aufdecken, die Enthüllung eines verborgenen Sinns. Vielmehr ähnelt philosophische Arbeit dem Rätsellösen. Insofern, als Rätsellösen bedeutet, dass die Elemente des Rätsels experimentell in Beziehung gebracht werden – nicht um eine wahre Bedeutung oder die Lösung des Rätsels, zu erfragen, sondern um erkennen zu müssen, dass das Rätsel sich selbst aufhebt und die Frage verschwindet. Adorno gibt als Beispiel die Frage um die Warenform: Die Analyse von Marx kann uns den Produktionsprozess erklären und Wert und Tauschwert – was dabei aber zum Vorschein käme, ist, dass es hier um gesellschaftlich und geschichtlich gewachsene Prozesse geht. Die Frage „Was ist die Warenform-an-sich?“ zeigt sich als vollkommen gegenstandslos.

Eine solche Wissenschaft ist materialistisch. Sie geht empirisch von den Dingen aus und leitet daraus Theorie ab. Aber sie geht von den Dingen als gewachsene und gewordene aus. Und auch wenn es – folgen wir dem Nihilisten Nietzsche – keinen Sinn hat, den Ursprung, das Ding-an-sich, zu suchen, so ist es doch möglich, die Herrschafts- und Machtstrukturen zu analysieren, die dazu geführt haben, dass sie so und nicht anders geworden sind. Erkenntnis ist somit immer zugleich auch Kritik. „Die Deutung der vorgefundenen Wirklichkeit und ihre Aufhebung sind aufeinander bezogen.“ (Adorno 1990: 338)

Empirische Forschung nun muss eben das leisten können: Die empirisch vorfindbare Welt zu analysieren, bedeutet gleichzeitig, zu zeigen, wie willkürlich sie ist. Und quantitative Forschung eignet sich dazu ebenso gut wie qualitative.

Über die eigenen Voraussetzungen reflektieren, heißt für mich also genau das: Die Theorien an der empirischen Wirklichkeit prüfen, die aber leider so widersprüchlich ist, dass es schwer (oder sogar unmöglich?) scheint, etwas konkretes „Wissenschaftliches“ in der Hand zu haben. Das führt m.E. aber nicht zu einer relativistischen Perspektive! Vielmehr geht es darum, die Widersprüche ernst zu nehmen und sich zu fragen, warum und woher sie auftauchen. Umfragen etwa sind ein gutes Beispiel, bei dem sich die Frage stellt, wie glaubhaft Antworten auf einen standardisierten Fragebogen sind. Klingen doch Antworten in einem persönlichen Gespräch oder einem qualitativen Interview oftmals ganz anders. Abgesehen davon, wie Fragen gestellt werden, gehen standardisierte Fragebögen davon aus, dass die Antwort so stimmt, wie sie gesagt wird, dass bestimmte Sätze in Kategorien eingeteilt werden können. Die Antwortenden sind in der Rolle der Passiven. Und aus dieser Rolle der Passiven, der Regierten, kommen auch die Antworten. Oder die Wahlentscheidung bei demokratischen Wahlen. Hinter der Art, den Fragebogen zu erstellen, zeigt sich eine bestimmte Theorie über die Realität der Welt, der Kategorien und der Menschen.

Man kann sich über die Rolle der Politikwissenschaft streiten. Wenn sie aber eine andere sein soll, als die von Politikberatung oder Forschung am Markt der Wählerströme, muss sie sich über die Voraussetzungen ihres Wissens im Klaren sein. Wer Otto/Frieda NormalverbraucherIn leid ist, sollte an die Abschaffung der Standardnormalverteilung denken. Dass Menschen in sozialwissenschaftlichen Fragebögen und Nationalstaaten in der Internationalen Politik als konsistente AkteurInnen behandelt werden, ist

auch eher eine Notlösung. Empirische Daten, mit all ihren Ungereimtheiten, sollten ernst genommen werden. Das heißt, es sollte spielerischer mit ihnen umgegangen werden.

Literatur

Nietzsche, Friedrich (1999): Menschliches, Allzumenschliches. Kritische Studienausgabe Bd. 2, München

Adorno, Theodor (1990): Die Aktualität der Philosophie. Gesammelte Schriften Bd. 1, Philosophische Frühschriften, Frankfurt/M.

Flick, Uwe et. al. (Hg.) (1995): Handbuch Qualitative Sozialforschung, Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. Weinheim

Vom Nutzen der visuellen Daten- und Dokumentenanalyse (VDA) für die sozialwissenschaftliche Forschung

von Karl H. Müller
und Armin Reutschnig

Karl H. Müller ist Leiter von WISDOM (Wiener Institut für sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik)
Armin Reutschnig ist Dissertant am WISDOM im Bereich Datenvisualisierung

Bislang standen oder stehen sich auf den sozialwissenschaftlichen Methodenfeldern qualitative und quantitative Verfahren ebenso kontroversiell wie auch schwer vermittelbar gegenüber. Zwar sind in den letzten Jahrzehnten schwache Verbindungsversuche unter dem Titel „Triangulierung“ unternommen worden (vgl. u.a. Giddens, 1989: 682ff.), aber weder ist es zu systematischen Verfestigungen und Verdichtungen hinsichtlich von triangulären Verfahren gekommen, noch zeichnen sich grosso modo diese Triangulierungen durch robustere Resultate aus, was an sich zu

den gewichtigen komparativen Vorteilen von Triangulierungen gehören sollte.

Dieser bisherige Zustand könnte mit seinen unsplendiden Isolationismen in die weitere Zukunft fortgeschrieben werden, wenn sich nicht immer deutlicher die Botschaft von einem grundlegenden Wandel in der kognitiven Wissens- und Wissenschaftsorganisation ausbreiten würde: Unter unterschiedlichen Bezeichnungen und Schwerpunktsetzungen, wie beispielsweise als der Wechsel von Modus I zu Modus II (Gibbons 1995, Nowotny 2001) oder von Wissenschaft I zu Wissenschaft II (Hollingsworth/Müller 2008), wird darauf insistiert, dass das inter- und transdisziplinäre Kooperationspotential unter dem neuen Wissenschaftsregime stark gestiegen wäre. Im Umkehrschluss würde dies bedeuten, dass sich auch innerhalb der Sozialwissenschaften intern die bisherigen Konfliktgelage aufheben und extern die Vernetzungsmöglichkeiten speziell zu den Life-Sciences und den Kognitionswissenschaften

stark ansteigen sollten. Und so lautet die Leitfrage für die weiteren Überlegungen, ob dieser Strukturwandel von einer Wissenschaft I zu einer Wissenschaft II auch die bisherige sozialwissenschaftliche Methodentristsesse der unfriedlichen Koexistenz von quantitativen und qualitativen Methoden zu stören und aufzubrechen vermag.

Der Wandel von Wissenschaft I zu Wissenschaft II

Bevor allerdings dieser Frage detaillierter nachgegangen werden kann, sollen einige wesentliche Charakteristika des momentanen Strukturbruchs innerhalb der Wissenschaftslandschaften schlaglichtartig beleuchtet werden. Wissenschaft I ist jener Typus Wissenschaft wie er seit dem 15. und 16. Jahrhundert praktiziert wird und der seinen sinnfälligsten Ausdruck in den majestätischen Uhrwerken von Sir Isaac Newton gefunden hat.

Wissenschaft II steht hingegen für jene neue Wissenschaftsumgebung, die sich verstärkt seit den 1950er Jahren ausbreitet und zentral von den Life-Sciences und den Komplexitätswissenschaften geprägt ist.

Die für die momentane Leitfrage wahrscheinlich interessanteste Gegenüberstellung ist jene in Bezug auf die theoretischen Ziele, die im Falle von Wissenschaft I mit universellen Gesetzen und bei Wissenschaft II mit Musterbildungen und Mustererkennungen umschrieben wird. (1)

Die Ausbreitung visueller sozialwissenschaftlicher Methoden

Dieses Gegensatzpaar von „universellem Gesetz“ versus „Musterbildungen und -erkennungen“ ist vor allem deswegen so interessant, da es in den letzten Jahren zum Aufbau von Methoden gekommen ist, die zusammenfassend als visuelle Methoden oder als visuelle Datenanalysen charakterisiert werden können. Nun gehören zwar Musterbildungen und Mustererkennungen schon bisher irgendwie zum sozialwissenschaftlichen Feld. Es haben sich dort zwar Bilderanalysen etabliert (2), aber sie widmen sich tatsächlich der Analyse von Bildmaterialien – Filme, Fotografien, Videos, Zeichnungen, etc. - und ihren Oberflächen- oder Tiefengrammatiken. (3)

Im Gegensatz zu einer nur bildfokussierten Sichtweise sollen hier visuelle Methoden ungleich umfassender verstanden werden und die bisherigen bild-basierten Verfahren als eine spezielle Nische enthalten. Solche visuellen Verfahren im umfassenderen Sinne erstrecken sich zunächst vom visuellen Data-Mining (vgl. u.a. Inselberg 2009) und von explorativen Datenanalysen bis hin zu Musterformationen von

Survey- und Paneldaten (vgl. Müller/Reautschnig 2010) oder von anderen quantitativen Materialien. In ihnen wird die traditionelle Sequenzbildung von numerischen Verfahren:

Quantitative Daten → sequentielle statistische Verfahren → Ergebnisse

durch ein interaktives Schema ersetzt:

Quantitative Daten → Musterbildungen ↔ kompetente BeobachterInnen [Mustererkennungen]

Spätestens an dieser Stelle wird es relevant zu fragen, ob visuelle Methoden nicht nur ein aktives Element in dem Phasenübergang von Wissenschaft I zu Wissenschaft II darstellen, sondern ob sie, die visuellen Analysen, nicht auch einen aktiven Beitrag zum prävalenten Stellungskrieg von quantitativen und qualitativen Verfahren leisten könnten. Denn solche Musterbildungen wie Mustererkennungen sind nicht nur auf den quantitativen Bereich beschränkt. Auch qualitative Daten oder besser, weil weitreichender, Dokumente wie lebensbiografische Interviews, Erzählungen oder beliebige relevante Texte, lassen sich im Prinzip in visuelle Muster transformieren.

Dokumente → Musterbildungen ↔ kompetente BeobachterInnen [Mustererkennungen]

Ab diesem Punkt könnte und sollte die Einsicht Platz greifen, dass sich über das sehr weitgestreckte Methodenspektrum der visuellen Daten- und Dokumentenanalyse die bestehende Kluft zwischen qualitativen und quantitativen Methoden schließen lässt. Denn die Annahme von der zunehmenden Wichtigkeit von Musterbildungen und Mustererkennungen in der Ära von Wissenschaft II kann dadurch verstärkt werden, dass auf die vermittelnde Funktion der visuellen Daten- und Dokumentenanalyse hingewiesen wird. (4) Quantitative Daten können zunächst über Methoden der Mustergenerierung in entsprechende Datenmuster transformiert werden, die zunächst

visuell und anschließend statistisch untersucht werden. Ähnlich lassen sich qualitative Dokumente zunächst in visuelle Muster übertragen, die dann einer interaktiven visuellen Analyse zugänglich werden.

Von den Ergebnissen her ungleich spannender gestalten sich aber Forschungsdesigns, die beispielsweise mit quantitativen Untersuchungen und Daten beginnen, diese dann ihrerseits in visuelle Muster transformieren, die dann auf eine triadische Weise analysiert werden:

- Erstens über die visuelle Datenanalyse, welche zu grundlegenden Hypothesen zu wesentlichen Eigenschaften eines Datenkörpers führt;
- Zweitens über vertiefende statistische Methoden, welche die visuellen Annahmen vertiefenden statistischen Tests unterwerfen und die visuellen Annahmen entweder bestätigen oder als Artefakte verwerfen;
- Drittens über qualitative Methoden, welche diese Musterbildungen über qualitative Verfahren tiefergründig zu bestätigen oder zu diskreditieren trachten;
- Viertens über Entscheidungsverfahren, welche allfällige Unstimmigkeiten zwischen qualitativen und quantitativen Vertiefungen zu Gunsten robusterer Ergebnisse aus dem Weg räumen;

Mit diesen knappen Hinweisen wird deutlich, dass der visuellen Daten- und Dokumentenanalyse eine zentrale Rolle dafür zukommt, das Gegeneinander von qualitativen und quantitativen Methoden – nach Art des Schaubildes 1 – in ein rekursives Ineinander zu transformieren. Mit solchen geschlossenen Triaden, wie sie im Schaubild 1 zu Tage treten, verwandeln sich zudem die bisherigen Beziehungsmuster zwischen quantitativen und qualitativen Methoden in generative Relationen, welche sich wechselseitig produzieren

und hervorbringen können und auf diese Weise rekursiv zu robusteren Ergebnissen gelangen können. Und damit kann schließlich auch die anfänglichen Leitfrage beantwortet und der Sichtweise von der Zentralität von Musterbildungen und Mustererkennungen eine starke empirische Basis unterlegt werden, da solchen Musterformationen nicht nur eine wachsende Rolle in der Daten- und Dokumentenanalyse zukommt, sondern auch eine zentrale Funktion in der Schließung bisheriger antagonistischer Methodencluster hin zu einer triadisch verbundenen Methodenformation von quantitativen, qualitativen und visuellen Verfahren.

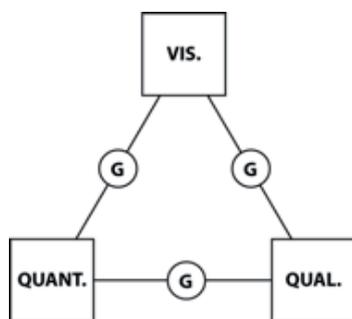


Abbildung 1: Der triadische Verbund von quantitativen, qualitativen und visuellen Methoden und seine generativen Relationen (G)

Ausblicke

Mit diesen Ausführungen wurde ein erster Einstieg in die Vermittlungspotentiale und in die Analysekapazitäten der visuellen Daten- und Dokumentenanalyse (VDA) vermittelt. Da sich Musterbildungen, Mustererkennungen und visuelle Daten- und Dokumentenanalysen sowohl für quantitative als auch für qualitative Daten durchführen lassen, besitzt die VDA – und wahrscheinlich nur die visuelle Daten und Dokumentenanalyse – auch eine gewichtige intermediäre Funktion, da sich erst über die VDA das bisherige Gegenüber von qualitativen und quantitativen Daten und Methoden zu einer geschlossenen Triade schließt. Damit wird ein Weg eröffnet, der bislang

kaum betreten wurde – und der schon wegen der drei unterschiedlichen quantitativen, qualitativen und visuellen Methodenknoten die Bezeichnung Triangulierung auch zu Recht verdient.

Anmerkungen

(1) In sehr ähnlicher Weise unterscheidet übrigens Friedrich August von Hayek in einem bislang viel zu wenig beachteten Artikel (Hayek 1996) zwischen zwei Arten der Welterklärung, die nach Graden unterschiedlicher Komplexität differenziert werden. Niedrig komplexe Problembereiche – und Hayek rechnet dazu viele Probleme aus der Physik – werden durch die Suche nach entsprechenden Generalisierungen und durch universelle Gesetze gelöst, wogegen komplexe Problemfelder – und für Hayek gehören die Biologie und die Sozialwissenschaften zu den typischen Komplexitätswissenschaften – primär über den Weg der Mustererkennungen und Musterbildungen näher analysiert werden können – und sollen.

(2) Diese Analyseschiene läuft zunehmend unter dem Titel einer „Visuellen Soziologie“, deren Grundlagen eben auf Bildern und Bildsequenzen quer durch alle Genres aufsetzen. Vgl. Breckner, 2008

(3) Vgl. dazu Eco, 2002

(4) Als historischer Bezugspunkt kann auf Otto Neurath und die von ihm kreierte Wiener Methode der Bildstatistik verwiesen werden. Vgl. dazu u.a. Müller, 1991a,b

Literatur

Breckner, R. (2008), Bildwelten – Soziale Welten. Zur Interpretation von Bildern und Fotografien, in: Online-Beitrag zu Workshop & Workshow vom 23./24.11.2007, www.univie.ac.at/visuellesoziologie

Eco, U. (2002), Einführung in die Semiotik. 9. Auflage, München

Gibbons, M. et. al. (1994), The New Production of Knowledge. The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies. London

Giddens, A. (1989), Sociology. Cambridge

Hayek, F. A. von (1996), Die Theorie komplexer Phänomene, in ders.: Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien. Tübingen

Hollingsworth, J.R./Müller, K.H. (2008), Transforming Socio-Economics with a New

Epistemology, in: Socio-Economic Review 3 (6)

Inselberg, A. (2009), Parallel Coordinates: Visual Multidimensional Geometry and Its Applications. Berlin

Müller, K.H. (1991a), Symbole – Statistik – Computer – Design. Otto Neuraths Bildpädagogik im Computerzeitalter. Wien

Müller, K. H. (1991b), Neurath's Theory of Pictorial-Statistical Representation, in: Thomas Uebel (ed.), Rediscovering the Forgotten Vienna Circle. Austrian Studies on Otto Neurath and the Vienna Circle. Dordrecht

Müller, K.H./Reautschnig, A. (2010), Die visuelle Datenanalyse (VDA) in der vergleichenden sozialwissenschaftlichen Forschung, in: Theo Hug, Andreas Kriwak (Hrsg.), Visuelle Kompetenz. Beiträge des interfakultären Forums Innsbruck Media Studies. Innsbruck

Nowotny, H./Scott, P./Gibbons, M. (2001), Re-Thinking Science. Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty. Cambridge

Verstehen und Beobachten.

Ein Plädoyer für eine trans-kommunikative Methodologie der Sozialwissenschaft

von **Thomas A. Bauer**

Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien

Wie versteht man Gesellschaft?

Die Sozialwissenschaften sind, dank des Gegenstandes, der sie beschäftigt, in Bewegung, stolpern von einem „turn“ zum nächsten und fangen sich letztlich immer wieder bei sich selbst. Das hält die vergleichsweise junge Wissenschaft auch noch bei fortschreitender Alterung flexibel, elastisch und mobil. Der Gegenstand der Sozialwissenschaften ist: Sozialwissen. Dieses ist kein fest umschriebener oder aus sich definierter oder definierbarer struktureller Zusammenhang, sondern bewegliche, weil im Prinzip der Veränderung konstituierte Materie: Wissen im Modell des sozialen Wandels. Oder auch: Wandel im Modell des Wissens von und zur Soziabilität des Menschen. Wenn es so ist, wie man schnellhin sagt, dass der Gegenstand der Sozialwissenschaften die Gesellschaft ist, dann muss man sich auch nochmals daran erinnern, dass „die Gesellschaft“ zunächst kein Gegenstand ist, der sich durch die Kontexte des Handelns selbst beschreiben und von jedem so gleich zu beschreiben wäre (objektiver Gegenstand), sondern eine durch Wissen und im Modell von Wissen (konstituiert durch Alltagstheorie, Beobachtungsfokus, Gebrauchsperspektive) vergegenständlichte Zusammenhangsvorstellung, eine Konfiguration des Wissens

(und bzw. also der Kommunikation) in Referenz zu realen bzw. kontingenten Handlungen (Aktionen, Interaktionen, Transaktionen), die getan, gedacht und vorgestellt werden können und die sich im Tun, im Denken und in der Vorstellung auf dieses (soziale, kulturelle, symbolische, moralische) Wissen beziehen. Gesellschaft ist in diesem Sinne die begriffliche, konzeptionelle Konfiguration von Sozialwissen und die metaphorische Auszeichnung dieses Wissens über sich selbst in Gesten von Soziabilität, Relationalität, Rationalität und Moralität (vgl. Schütz 1971). Wenn und indem sie so über sich übereinkommt, ist Gesellschaft, *wie* sie sich beobachtet und versteht (vgl. Schmidt 2003 und 2004).

Zweitens muss man daran erinnern, dass es „die Gesellschaft“ (dargestellt durch deren Institutionen) ist, die „die Gesellschaft“ beobachtet. Die Wissenschaft von so verstandener Gesellschaft ist, im Modell des (bewussten, methodischen) Schaffens von Wissen, die im Wege (Methode) des Diskurses generierte Beobachtung von (in Alltagstheorien kontextierter) Beobachtung. Sie ist die diskursiv-methodische Interpretation und Re-Konzeptualisierung (hermeneutisches Verstehen) einer schon im Wege des Austausches von Beobachtung kommunikativ generierten Konfiguration im Wissen um die (existenziell und anthropologisch nicht umgehbar) Soziabilität des Menschen. Der nun in mehreren methodologischen und/oder epistemologischen „turns“ (kritisch-rationalistischer, konstruktivistischer, dekonstruktivistischer, kulturalistischer, qualitativer turn) oft beschworene

großräumige und tiefgreifende Paradigmenwechsel in der wissenschaftlichen Konzeptualisierung und Beobachtung von Gesellschaft verspricht zwar viel, braucht aber noch jede Menge wissenschaftstheoretische Nachrüstung (vgl. Meidl 2008), um – vor allem im Kontext verstehender Soziologie und qualitativer Methodologie – das Maß an Vertrauen zu erhalten, das er einfordert.

Wissenschaft ist ein Kommunikationssystem, das, wie Kommunikation generell, Unbestimmtes in sozial akzeptierte Bestimmung bringen will (vgl. Flusser 1998), das seine Bestimmungen (Definitionen) aber als methodisch organisierte Arrangements auszeichnet und sie so als eine von anderen Kommunikationen unterscheidbare Konfiguration verhandelbarer, gedachter und beobachteter Zusammenhänge (Wissen) generalisiert. Der Kommunikationswert von Wissen ist, dass man sich auf dieses als eine gesellschaftlich anerkannte, mit Autorität (*auctoritas*) gewürdigte und so mit Vertrauen bzw. Glaubwürdigkeitserwartung ausgezeichnete und rationalisierte – womöglich dialektische – Konfiguration von Sinn und Erfahrung berufen kann. In diesem Sinne wird Wissen zu einer Referenz- und Legitimierungsgröße für weitere und in anderen Kontexten geführte Konstruktion von Wirklichkeit. Die Mühe von Kommunikation, Unbestimmtes in Bestimmtes zu wandeln, kann so minimiert werden. Das legt nahe, mit solchen Konfigurationen des Wissens nicht nur zu wissen, sondern schon zu wissen, was man weiß oder zu wissen hat, also auch beweisen zu wollen, dass man weiß und diese

Beweisfähigkeit durch Abstraktionen (Theorien) oder durch logische Formalsprachen wie z.B. Mathematik (Logik im Modell hierarchisch oder in Mengen strukturierter Quantität) so abzusichern, dass sie für sich selbst steht und wissensbedürftige Kommunikationssituationen von Umständen und Aufwand der Prüfung des Beobachteten entlastet.

Die Wissen schaffende Kommunikation ist strategische Kommunikation mit den ihr eigenen Mustern von Zielsetzung, Zieltreue, Zielwegbestimmung, Wegkosten-Wahrheit, Vertrauensbildung, Vertrauensdarstellung und Vertrauenskontrolle. Sie muss sich – der Position von Wissen wegen, das man glauben (können) will – einer doppelten Vertrauenskontrolle unterziehen: der internen Vertrauenskontrolle im Wissenschaftssystem selbst und der externen Vertrauenskontrolle durch die Praxis bzw. Pragmatik. Da diese Vertrauensbeweise auch wieder „nur“ kommunikativ (durch Kommunikation, hier im Sinne von „durch das Wort“ – *diá logos*) protokolliert werden können und so etwas wie eine außersystemische Instanz oder eine meta-systemische Kontrolle nicht besteht, müssen diese Vertrauensbeweise den unterschiedlichen (Wissenschaftssystem, Alltagsgebrauch von Wissen) Kommunikationserwartungen dadurch entsprechen, dass sie als relationale Konnotationen des Verfahrens erkennbar werden (Hermeneutik, Transparenz, methodische Nachvollziehbarkeit etc.).

Sozialwissenschaft im Wandel

Die quantitative Sozialforschung, die zunächst ja ohne das differenzierende Attribut „quantitativ“ auskam, hat – auch um im Vergleich zu den Naturwissenschaften an Reputation aufzuholen – sich diesem Postulat der Beweisbarkeit in der Konzeption von Theorien und Methoden auf ihre Weise gestellt. Sie arbeitet mit Metakzepten der Logik der Kausalität, die sogar für paradigmatisch gehalten werden – so

als wäre Kausalität eine beispielhafte und Beispiel gebende (*para digma*) Eigenschaft der Zusammenhänge selbst. Kausalität aber ist eine logische Perspektive, also eine der Beobachtung und des Verstehens, nicht eine Qualität von für sich selbst stehend vermuteten Zusammenhängen. Zusammenhänge, die man erkennt, sind nicht eine Feststellung von für sich selbst stehenden Realitäten, sondern ein Ergebnis von Verstehen, also von in sozialen Arrangements bezeichnenden und stellvertretenden Verfahrensmustern. Das ist die Erkenntnis des theoretischen Konzepts des Symbolischen Interaktionismus (vgl. Mead 1973/Blumer 1973): Menschen verhandeln die Realität auf der Basis von Zeichen, die im Wege kultureller Differenzierung erarbeitet und gelernt werden. Die dem Verfahren zuzuordnende Plausibilität insinuiert die Plausibilität des Wissens über die Ergebnisse des Verfahrens, was dann zu problematisieren ist, wenn Wissen nicht als Verstehen (Relationalität), sondern als Abbildung (Abgrenzung, Definition) definiert wird. Auf diese Weise werden Wissensmodelle zu Beweismodellen stilisiert, werden Ergebnisse als Beweis für das (gültige) Verfahren und das Verfahren als Beweis für (gültige) Ergebnisse ausgelegt.

Die empirisch-analytische Sozialforschung hat viel geleistet, aber sie hat sich auch gerade wegen der auf Abbildung angelegten Methodologie verrannt. Nun kommt sie vor allem dort und dann ins Gerede, wo sie nichts anderes produziert als die Alltagstheorie („Hausverstand“) nicht auch schon wüsste. Wo die Sozialwissenschaft nicht mehr tut, als nur den Alltagsverstand (vgl. Schütz 1971) zu ordnen, zu rationalisieren und zu systematisieren, dort hat sie es verabsäumt, Wissen zu Wissen und Wissen über Wissen zu schaffen. Ihre Beweisführung verbraucht sich im Gestus der Wichtigtuerei. Vor allem wegen der Dominanz des Kriteriums der Quantität als Instanz der Beweisrationalität (Plausibilität) der realen Fälligkeit des Beobachteten gibt sie sich essentialistischer als der Fall sein kann (oder sein müsste).

Die Welt, von der man (Einstein, Wittgenstein) sagt, dass sie alles ist, was der Fall ist, scheint bei zunehmender Betrachtung und bei zunehmend differenzierterer methodologischer Reflexion aber aus eben diesen Fugen des essentiellen Falls („so ist das eben“) zu fallen. Sie wird, wie wir merken, nicht nur von dem zusammen gehalten, was der Fall ist, sondern möglicherweise von dem bestimmt und in Zusammenhang gebracht, was der Fall sein kann oder besser: was der Mensch fällig macht – durch Beobachten, Verstehen und Handeln. Es sind nicht das Ereignis, nicht die Erfahrung und nicht die Wahrnehmung jene Instanzen, in denen etwas zum Fall wird, sondern es ist der Austausch von Deutungen von und zu Ereignissen, von und zu Erfahrungen und von und zu Wahrnehmungen, sowie das in sozialer Praxis wechselseitig kulturell und moralisch abgesicherte Übereinkommen darin, dass (auch) als Fall zu nehmen ist, „was nicht notwendig, aber auch nicht unmöglich“ (Luhmann 1973), längst fällig ist, wäre oder sein müsste. Die Welt ist wahr *wie* sie ist, auch wo und weil sie denkbar und möglich ist. Das generative Prinzip jedweder Konstruktion von Welt begründet sich auf der Kompetenz des Menschen für sich selbst (Fähigkeit, Fertigkeit, Verantwortung) und spannt sich als Bogen der Beobachtung zwischen Wahrnehmung, Erfahrung und Sinn (Bauer 2006b). Diese wieder konstruiert sich im Wege der Kommunikation – im Modell von Diskurs und/oder Dialog (vgl. Flusser 1998). So wie Kommunikation konstruiert, so werden Konstrukte auch kommuniziert. Was die Welt also zusammenhält sind ihre Geschichten und Diskurse (Schmidt 2003), sie ist, „wie wir sie denken“ (Gottschlich 1999).

Es ist das Verdienst der empirischen Sozialforschung, in die Beobachtung von Gesellschaft theoretisch und methodisch rationale Konzepte eingebracht zu haben, durch die es auch möglich wurde, in vielen Bereichen des sozialen Lebens Rationalitätsprogramme in Gang zu setzen. Das war und ist nur möglich, weil sie ihre Beobachtung

formalsprachlich systemisiert hat: Sie hat die Welt in Kategorien der Logik vergegenständlicht, buchstäblich zum Gegenstand der Analyse gemacht. Eben diese Welt bzw. diese Gesellschaft, die - wie schon gesagt - ja eine kommunikativ generierte Konfiguration ist, gebildet in und aus Beobachtung, ist aber ebenso Konzeptgrundlage für die Beobachtung. In der Beobachtung der Gesellschaft beobachtet *die Gesellschaft* die Gesellschaft, noch richtiger: In der wissenschaftlichen Beobachtung beobachtet die Gesellschaft, wie sie sich selbst - alltagstheoretisch - als Gesellschaft beobachtet, wie sie über sich denkt und in welchen Mustern von Kommunikation und Beziehung sie sich selbst wiedererkennt (empirischer Beobachtungszusammenhang), wieder erkennen kann (kritischer Beobachtungszusammenhang), wiedererkennen möchte (normativer Beobachtungszusammenhang) und was sie meint tun zu müssen, um sich wieder zu erkennen (pragmatischer Beobachtungszusammenhang).

Die problematischen Momente der empirisch-analytischen Sozialforschung wurden aus den bisherigen Anmerkungen implizit schon deutlich, sie lassen sich in folgenden Ansprüchen aufzählen: Objektivitätsanspruch (Vergegenständlichung), Ordnungsanspruch (Hierarchiemodell), Digitalisierungsanspruch (Mathematisierung), Plausibilitätsanspruch (Mechanizität), Regelanspruch (Nomothetik) (vgl. Weber 1987). Alle diese Ansprüche verschweigen die kommunikativ-hermeneutische Ausgangslage wie auch die Kompetenz der Wissenschaft als Instanz, die fähig, fertig, zuständig und verantwortlich ist, darüber nachzudenken, wie man über Gesellschaft sinnvoll nachdenken kann und Wege der Interpretation aufzuzeigen, die unter der methodischen Ermöglichung von Widerspruch als stimmig vereinbart werden können. Bisweilen selbstverliebt in ihre Strukturen des Denkens (einer weithin hierarchisch gebauten Logik) schafft sie oft nicht mehr Wissen (was es nur ist, wenn es zu schon kommuniziertem

anderes Wissen ist), sondern wiederholt oder ordnet schon Gewusstes, (leider) ganz im Sinne rationalisierter Logik traditioneller Sozialforschung: Theorien seien brauchbar, wenn und weil sie Merkmale in geordnete Zusammenhänge und Verhältnisse stellen, logische Modelle anbieten, die diese Ordnung als Regel erklären, deren Phänomene und Auslassungen wieder klassifizierbar machen und aus der Beobachtung der Phänomene Schlüsse für die weitere Entwicklung ziehen (Prognose), damit man zur Not präventiv oder, wenn es sein muss, kurativ (re)agieren kann.

Wissenschaft als trans-kommunikative Methodologie

Das Problem der sich selbst erfüllenden Prophezeiung steht im Raum: Wissen im Modell der Richtigkeit von Zahl, Technik und hierarchischer Ordnung ordnet sich der schon angesprochenen Kommunikabilität von Wissen wegen der Macht von Autokonstitution und Axiomatik unter und verspielt den Freiraum für emanzipatorisches Denken. Das Interesse an Merkmalen, noch mehr an Mehrheitsmerkmalen und anderen zahlenmäßig erfassbaren Größenordnungen von Faktoren, Prozessen, Aktivitäten und Beziehungen bestätigen die triviale Vermutung, dass mehr von was immer mehr zählt - wie auch immer. Dieser Habitus trägt dazu bei, soziale Zusammenhänge, die im Grunde nur durch Beobachtung generierte Konfigurationen sind, und nur in diesem Kontext Realität sind, zu hermetisch verbundenen und vergegenständlichten Kausalzusammenhängen zu machen, die sich so geben, als wären sie solche auch unabhängig von jeder Betrachtung.

Wenn die Welt, die man in den Sozialwissenschaften beobachtet, nicht objektiv existent ist, sondern durch Kommunikation in Relevanz gehalten wird, dann braucht es ein wissenschaftliches Methodenprogramm, das diese Relevanz interpretieren kann. Darunter verstünde ich eine

trans-kommunikative Methodologie, die sich dadurch auszeichnet, dass sie in der Lage ist, die Alltagssprache auf einer neuen Ebene der Beobachtung (Kybernetik) zur Sprache zu bringen, wissend, dass sich alles Sprechen durch schon Gesprochenes und noch zu Sprechendes bzw. zu Versprachlichendes bedingt. Wegen dieser relationalen Kontextualität kann man auch nicht von einer metakommunikativen Methodologie sprechen, obschon sich dies linguistisch anböte. Wissenschaft zur Soziabilität des Menschen ist nicht nur Sprechen *über* schon Gesprochenes, sondern Sprechen *zu* und in Bezug auf schon und erst (im Alltag) Gesprochenes. Am Beispiel des Begriffs vom sozialen Wandel lässt sich die Forderung nach einer hermeneutischen, verstehenden Sozialwissenschaft deutlich machen.

Das Konzept des sozialen Wandels ist in all seinen Variationen (Strukturwandel, Systemwandel, Kulturwandel, Wertewandel, Medienwandel) ein interpretatives Paradigma und fordert daher das methodisch-hermeneutische Potenzial der Sozialwissenschaften (Soeffner 1994). Sozialer Wandel ist im Kontext der sozialtheoretischen Analyse kein Gegenstand der Beschreibung, sondern ein Konzept der Beobachtung für die allfällige Beschreibung. Als ein sozialtheoretisches Konzept bezieht es sich auf alle Merkmale der Soziabilität des individuellen Lebens: Nichts an Eigenem (Denken, Vorstellung, Handeln) lässt sich verstehen, deuten oder erklären ohne die Bezugnahme auf den Anderen und das Andere aus der *sozialen, kulturellen und symbolischen Umwelt*. In allem handelt es sich um Vorgänge des sozialen ist gleich durch Kommunikation bewerkstelligten Lebens, in dem *Bedürfnisse, Werte, Beziehungen, Institutionen und die Formen der alltäglichen sozialen und symbolischen Interaktion* nur als solche wahrgenommen werden, *weil* sie sich von Bezugnahme zu Bezugnahme ändern. Alle diese Merkmale der Soziabilität des individuellen Lebens folgen bestimmten und in der *kulturellen Programmatik* verankerten Basismodellen (*Paradigmen*) der Sinnsuchenden Interpretation der

Lebensführung. Weil Individuen sich durch diese Basismodelle zueinander grundsätzlich verständigt wissen, gilt diese Kulturprogrammatur zugleich als Grundsatzprotokoll des *sozialen Vertrauens*. Da aber eben diese kulturellen Modelle des möglichen Lebens nicht frei schweben, sondern sozial verankert sind, sind sie die eigentliche Materie der gesellschaftlichen Verhandlung. Soziale Lohn-Strafe-Mechanismen sichern deren Gültigkeit als *kulturelle Institute* des Denkens (*Mind*), der Haltung (*Habitus*), der Einstellung (*Attitudes*), des Verhaltens (*Behaviour*) und der Formen sozialen Umgangs (*Patterns*). Sie ändern sich bedingt durch und mit dem – wieder in Kommunikation einander vermittelten – Spiel von Erwartung und Erwartungserwartung. Der gesellschaftliche Sanktionsmechanismus und dessen Einschätzung der Folgen für Akzeptanz oder Ablehnung, für Distanz oder Nähe, für Inklusion oder Exklusion, für Herrschaft oder Unterwerfung, für Chancen oder Risiken variieren ja nach kulturhistorischer Verankerung in unterschiedlich sichtbar und fühlbar gemachten Strukturen und Instituten, vor allem der Familie, der gesellschaftlichen Verteilung von Wissen, Bildung (Erziehung), Arbeit (Beruf) und Besitz (Wirtschaft) und nicht zuletzt der öffentlichen Regelung von Herrschaft (Politik). Da diese sozialen Institute als die ersten und ursprünglichen Erfahrungsquellen des Lebens fungieren und zwischen Eigenwelt und Sozialwelt, zwischen der Individualität und der Soziabilität des Lebens vermitteln, haben sie eigentlich eine Medienfunktion. Sie sind (wie andere Medien, z.B. Massenmedien) soziale Settings (Medien) der Vermittlung von Erfahrung, Wissen, Meinung und Einstellung, soziale Agenturen der kulturellen Praxis und als solche auch laufend der Prüfung ihrer Verlässlichkeit (Kontrolle, Herrschaft) oder Durchlässigkeit (Regelbrüche, Tabubrüche) ausgesetzt.

Für alle diese Zusammenhänge gibt es ein Grundmodell, nämlich das der *Kommunikation*. Versuche, das Phänomen der Kommunikation

irgendwelchen Logiken zu unterstellen (Ursache – Wirkung, Anfang – Ende, Objekt – Subjekt, Sender – Empfänger, u.ä.), haben nicht Kommunikation erklärt, sondern nur erklärt, wie man versucht, Kommunikation zu erklären. Kommunikation lässt sich nur über Kommunikation und im Wege der Kommunikation beschreiben, aber die Logik der Kommunikation ist bestenfalls die Kommunikation von Logik im Sinne einer Verständigung über eine mögliche Logik. Die Kommunikation selbst ist kein Paradigma von oder für Logik. Wenn es denn eine Logik der Kommunikation gibt (was nur eine Verständigung auf eine solche wäre), dann ist diese sicher nicht so kausal-logisch, wie man sie sich logisch wünscht, sondern *dissipativ*: sie verneint sich im Bejahen, sie verliert sich im Entstehen, sie entsteht dort, wo man sie verloren glaubt. Ihre Logik ist, dass sie keine jenseits oder nach der Kommunikationsgrenze zu vermutende logische Ordnung hat, sondern dass sie sich, wenn überhaupt, einer Logik der sozialen Ordnung (der kulturellen Konstruktion) unterwirft, die sie zugleich auch unterbricht. Keine andere Ressource der Gestaltung des sozialen Lebens hat diese Kraft, Unbestimmtes zu bestimmen und Bestimmtes durch Unterbrechung (Reflexion) wieder zu verwerfen. Das macht sie einerseits unbeherrschbar, andererseits aber auch zur Ressource von Herrschaft (und von Gegenherrschaft). Sie ist nicht berechnungsfähig, nicht verlässlich im Sinne kausaler Konzeption, sondern bestimmt dadurch, dass sie sich einer solchen Logik entzieht (Bauer 2006/ Bauer 2006a). Jede kommunikationslogische (*kommunikologische*) Annäherung an das Phänomen des sozialen Wandels muss sich dieser Ausgangslage bewusst sein (vgl. Flusser/Wagnermaier/Zielinski 2009): Sie startet von einem Basiskonzept von Kommunikation, das zunächst (nur) die eine Bezugnahme von einer anderen zu unterscheiden weiß (lernt) und das konstatiert, dass Kommunikation eine kulturelle Leistung der kognitiven Autonomie des Menschen bzw. von Gesellschaften und Gemeinschaften ist, obwohl zugleich auch deren

Bestandsgrundlage (vgl. Schmidt 1994). In diesem Sinne ist Kommunikation ein *Alles-Konzept*, ohne aber ein Konzept für alles zu sein oder sein zu können. Aber alles, was sozial ist oder gesellschaftlich, geschieht zwischen Interaktion und Kultur und kann über die Perspektive von Kommunikation interpretiert werden. Wenn man sich für eine Kultur- bzw. Kommunikationstheorie des sozialen Wandels entscheidet, dann entscheidet man sich für eine (bestimmte) Kultur der Theorie. Und wenn man sich in diesem bestimmten Sinne für eine offene und lernfähige (unterbrechungsfähige, unterbrechungswillige) Theorie entscheidet, dann müsste es möglich sein, ein offenes und lernfähiges Konzept der Kultur des sozialen Wandels zu entwerfen. Unterbrechung ist das Prinzip des Lernens. Diese Unterbrechung könnte gegenüber der Praxis der Kultur die Theorie der Kultur leisten, allerdings nur, wenn sie selbstreflexiv konzipiert ist, indem sie sich selbst für Unterbrechungen offen hält (Schmidt 2004).

In solch einem theoretischen Modell ist *Kultur* ein Konzept der offenen (weil in sozialer Folge erschlossenen) Quellen („open source“) zur Bestimmung von Bedeutungen, das von Bezugnahme zu Bezugnahme zu werden lernt, was es zu sein denkt, durch die reflexive Anwendung des Konzepts der Kommunikation (ist gleich die soziale Bestimmung des Unbestimmten) auf sich selbst: Offenheit ohne soziale Beliebigkeit, Unterscheidung als Modus der Deutung und Entscheidung als Statement kognitiver Autonomie. Das ist, um es gleich zu sagen, ein normatives, allerdings emanzipatorisches Kulturkonzept, das sich der sonst üblichen latenten repressiven Konnotation von Kultur bewusst verwehrt (vgl. Enzensberger 1997). Diese reflexive Unterbrechung ist irgendwie eine dynamisch-rekursive Position der Beobachtung und gerade deshalb ein Faktor des kulturellen Wandels. In einem solch theoretisch-methodischen Kontext ist der Begriff des sozialen Wandels immer mit der Vorstellung des kulturellen *Wandels*

verbunden, weil er vor allem anderen den *Wandel* der Kultur als soziale Kultur des Wandels konzipiert. Das genau ist das Prinzip der methodischen Unterbrechung durch sich selbst.

Die Vorstellung zum Verhältnis von *sozialem und kulturellem Wandel* beschreibt die Korrelation in beiden Richtungen: Sozialer Wandel ist das Konzept, in dessen Rahmen der kulturelle Wandel begriffen werden kann – wie kultureller Wandel das Konzept ist, in dem der soziale Wandel beschrieben werden kann. Eine theoretische Beobachtung des Wandels der Kulturen ist nur sinnvoll aus der Bedingung, dass die Beobachtung des Wandels selbst eine kulturelle Leistung ist. In diesem Sinne heißt Beobachtung methodische Unterbrechung. Die Beobachtung mischt sich ein in das, was sie beobachtet, sie beobachtet mit Absicht, nicht aus Zufall, sie mischt sich ein mit Beobachtungsgrößen (Kriterien) und wird so zur kritischen Reflexion. *Kultur* kann man dann verstehen als die *Informationsebene des Wandels* und *Wandel als die Formationsebene von Kultur*. Es ist die Kultur der Beobachtung, die zum Gegenstand der Beobachtung von Kulturen wird (Schmidt 2004).

Literatur

Bauer, Thomas A. (2006): Culture of Diversity. A Theoretical Concept Towards Transcultural Understanding. In: Bauer, Thomas A./Ortner, Gerhard E. (Hg.): Werte für Europa. Medienkultur und ethische Bildung in und für Europa. Düsseldorf

Bauer, Thomas A. (2006a): Geschichte verstehen. Eine kommunikationstheoretische Intervention. In: medien & zeit, Wien 4/2006

Bauer, Thomas A. (2006b): Kommunikationskulturen im Wandel. Wertemodelle und Wissensmodelle der Mediengesellschaft. In: Bauer, Thomas A./

Ortner, Gerhard E., (Hg.): Werte für Europa. Medienkultur und ethische Bildung in und für Europa. Düsseldorf

Blumer, Herbert (1973): Der methodologische Standpunkt des Symbolischen Interaktionismus, In: Arbeitsgruppe Bielefelder (Hg.): Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit. Bd 1: Symbolischer Interaktionismus und Ethnomethodologie. Reinbeck

Enzensberger, Hans Magnus (1970): Baukasten zu einer Theorie der Medien. In: Kursbuch 20, Frankfurt

Flusser, Vilém: Kommunikologie (1998): Herausgegeben von Stefan Bollmann und Edith Flusser. Frankfurt/M.

Flusser, Vilém/Wagnermaier, Silvia/Zielinski, Siegfried (2009): Kommunikologie weiterdenken: Die Bochumer Vorlesungen. Frankfurt

Gottschlich, Maximilian (1999): Die Welt ist, wie wir sie denken. Wien

Luhmann, Niklas (1973): Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt

Mead, George Herbert (1973): Geist, Identität und Gesellschaft

Meidl, Christian (2008): Wissenschaftstheorie für SozialforscherInnen. Wien

Schmidt, Siegfried J. (1994): Kognitive Autonomie und soziale Orientierung. Konstruktivistische Bemerkungen zum Zusammenhang von Kognition, Kommunikation, Medien und Kultur. Frankfurt

Schmidt, Siegfried J. (2000): Kalte Faszination. Medien, Kultur, Wissenschaft in der Mediengesellschaft. Weilerswist

Schmidt, Siegfried J. (2003): Geschichten & Diskurse. Abschied vom Konstruktivismus. Reinbeck bei Hamburg

Schmidt, Siegfried J. (2004): Unternehmenskultur. Die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen. Weilerswist

Schmidt, Siegfried (2007): Beobachtungsmanagement. Über die Endgültigkeit der Vorläufigkeit. Audio-CD, Konzeption, Regie und Produktion: Christoph Jacke, Sebastian Jünger, Klaus Sander, Guido Zurstiege.

Schütz, Alfred (1971): Das Problem der sozialen Wirklichkeit. In: Gesammelte Aufsätze, Bd 1. Den Haag

Soeffner, Hans Georg/Hitzler, Ronald (1994): Hermeneutik als Haltung und Handlung. In: Schröder, Norbert (Hg.): Interpretative Sozialforschung. Opladen

Weber, Stefan (1987): Doppelte Differenz. Schritte zu einer „konstruktivistischen Systemtheorie der Medienkommunikation“. In: Medien Journal 1/1997 Salzburg-Wien

Qualitative Methodenlehre zwischen Offenheit und Technisierung

von **Andrea Marhali**
und **Johannes Starkbaum**

Andrea Marhali ist Lektorin
am Institut für Soziologie der
Uni Wien

Johannes Starkbaum ist Lek-
tor am Institut für Soziologie
und am ipw

Der folgende Artikel beschäftigt sich mit den Bereichen qualitative Methodenlehre und Sozialforschung, die seit den 1970er Jahren im deutschen Sprachraum an Bedeutung gewonnen haben. Dabei wird u.a. auf die Problematik der Methodenvielfalt, die eine wachsende Unübersichtlichkeit zur Folge hat, ebenso eingegangen wie auf das Phänomen der „insularen Institutionalisierung“. Anschließend wird die fortschreitende Kanonisierung qualitativer Forschung thematisiert, die nicht unproblematisch scheint, da sie eine Einschränkung des Prinzips der Offenheit mit sich bringt. Andererseits ermöglicht erst eine Standardisierung, Wissen mittelbar bzw. lehr- und lernbar zu gestalten. An diesem Punkt wird auf die Anwendung computerunterstützter qualitativer Datenanalysesoftware, die seit den 1990er Jahren vermehrt in den qualitativen Sozialwissenschaften zum Einsatz kommt und den Trend zur Kanonisierung weiter verstärkt, verwiesen. Im letzten Teil werden Vor- und Nachteile des Einsatzes vom Thema *Computer Assisted Qualitative*

Data Analysis (CAQDAS) im Bereich qualitativer Forschung aufgezeigt und kritisch reflektiert.

In den Sozialwissenschaften wird bereits seit längerem die Lern- und Lehrbarkeit von qualitativen Methoden thematisiert. Zentral ist dabei die Frage, wie angehenden ForscherInnen das notwendige Know-How für die Entwicklung von Methodenkompetenz vermittelt werden kann (Flick 2009, Knoblauch 2007, Mey 2007). Einigkeit herrscht bei den meisten AutorInnen darüber, dass die qualitative Sozialforschung im deutschen Sprachraum, seit ihrer Entwicklung als eigenständige Sozialforschung in den 1970er Jahren (Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen 1973), institutionell an Bedeutung gewonnen hat. Dies zeigt u.a. die Gründung der Sektion Qualitative Methoden als eigenständige Sektion der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS). Eng verbunden war der Erfolg qualitativer Methoden mit einem inhaltlichen Wechsel in den Sozialwissenschaften, der als Paradigmenwechsel beschrieben werden kann: vom normativen Paradigma des Strukturfunktionalismus zum interpretativen Paradigma (Knoblauch 2007).

Qualitative Methoden spielen auch in der Forschung zunehmend eine bedeutende Rolle. So wird zum Beispiel in Deutschland ein namhafter

Teil der von der DFG geförderten Forschungsprojekte mit qualitativen Methoden durchgeführt. Dies trifft auch auf sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Dissertationen an der Universität Wien zu, wie eine Studie des Wiener Instituts für Sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik (WISDOM), in Kooperation mit der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien im Jahre 2008 belegt. Demnach wurden im Zeitraum der Jahre 2000-2008 im Bereich der Sozialwissenschaften mehr Dissertationen mit qualitativen als quantitativen Methoden durchgeführt (Bischof et al. 2009).

Gleichzeitig sollte die wachsende Akzeptanz qualitativer Methoden nicht als Ausdruck einer flächendeckenden Institutionalisierung gesehen werden. Knoblauch (2007) spricht in diesem Zusammenhang von einer „insularen Institutionalisierung“ qualitativer Methoden, die auch dadurch gestärkt wird, dass viele institutionalisierte VertreterInnen nur einen sehr engen Bereich der Vielfalt an qualitativen Forschungsmethoden abdecken. Welche Methoden gelehrt werden, hängt demnach auch vom jeweiligen sozialen Kapital der Lehrenden ab. Gleichzeitig führt die qualitative „Diaspora“ zu einer differenzierten Weiter- und Neuentwicklung von Methoden, die jedoch zunehmende Unübersichtlichkeit

zur Folge hat. Die daraus resultierende Auswirkung auf das Feld der Lehre ist die fortschreitende Herausbildung von Spezialgebieten und Methodenclustern. Dazu zählt unter anderem die Entwicklung computerunterstützter qualitativer Datenanalyse-Software.

Neben einer Institutionalisierung und Professionalisierung kommt es in der qualitativen Sozialforschung ebenfalls zu einer zunehmenden Kanonisierung der Forschung. Einer Kanonisierung bzw. einer Sichtweise von „Methode als Technik“ steht die widersprüchliche Haltung „Methoden als Kunst“, die die Offenheit qualitativer Methoden betont, gegenüber. Geht man davon aus, dass es sich bei qualitativen Methoden mehr um eine Kunst handelt, die einen breiten Spielraum an Interpretation erfordert, erklärt sich der Anspruch, dass Methodenwissen nicht abstrakt in gesonderten Kursen, sondern nur im Kontext substanzieller Forschung erworben werden kann. Das Lernen einer Reihe von Methoden ist auf den unmittelbaren Kontakt mit erfahrenen ForscherInnen angewiesen, wobei der Zugang zu solchen Lehr- und Lernsituationen jedoch beschränkt ist (Mey 2007).

Die Sichtweise von Methoden als Techniken geht mit einer Tendenz zur Standardisierung einher, da Methoden auf mittelbare Weise als lehr- und lernbar angesehen werden. Methoden gelten demnach als Wissen, welches in hoch spezialisierten Methodenkursen vermittelt werden kann. Skizzen und Schemata erlauben demnach eine individuelle Aneignung, Lehr- und Musterbeispiele sollen dabei die Vergleichbarkeit gewährleisten. Dabei besteht jedoch die Gefahr, dass durch ein Übermaß an Standardisierung und Technisierung die Offenheit bei Interpretationen eingeschränkt wird. Unterstützt wird die Kanonisierung qualitativer Methoden u.a. auch durch die Anwendung von Computerprogrammen

im Kontext qualitativer Datenanalyse, die aus dem Bereich qualitativer Forschung und Methodenlehre nicht mehr wegzudenken ist und erst durch die Standardisierung qualitativer Auswertungsinstrumente ermöglicht wurde.

Mit der Entwicklung der Programme *The General Inquirer* (1966) und *The Ethnograph* (1985) begann die Implementierung von Computerprogrammen im Bereich der qualitativen Forschung. Anfang der 1990er Jahre folgten weitere Programme wie *Nud*ist3*, *MAX*, *HyperResearch* und *Atlas.ti* und hielten fortan zunehmend Einzug in die qualitative Forschungspraxis (Knoblauch 2007). Diese Programmversionen basierten meist auf einfachen Kodier-Schemata mit Abfragefunktionen. Aktuelle Qualitative-Datenanalyse-Packages (QDA-Packages) haben sich auf unterschiedliche *Code-And-Retrieve*-Techniken spezialisiert, welche zunehmend durch Netzwerkdarstellungen ergänzt werden. Das Datenmaterial wird demnach aufgebrochen, in Sinneinheiten zerlegt, sortiert und anschließend neu zusammengefügt. Die Arbeitslogik unterscheidet sich genau genommen nicht vom Arbeiten mit Stift, Schere und Papier. Diese, den Programmen immanente Grundtechnik, lässt sich mit unterschiedlichen Analysemethoden verbinden, sofern diese Kodier-Schema beinhalten.

Die zunehmende Etablierung solcher Computerprogramme erfolgt nicht ohne Konsequenzen für das Feld der qualitativen Forschung und Lehre. Diskussionen zum CAQDAS (Lee/Fielding 1995) implizieren oftmals den universellen Nutzen dieser Programme, ohne dabei auf die eingeschränkte Anwendbarkeit unterschiedlicher Methoden hinzuweisen. Besonders hermeneutische Analyseverfahren werden dadurch nur bedingt unterstützt und könnten, im Zuge der voranschreitenden

Verbreitung dieser, ins Hintertreffen geraten. Programmen wie *Atlas.ti* wird oftmals eine hohe Affinität zur Grounded Theory (Glaser und Strauss 1967) nachgesagt, wobei Forschende bei der praktischen Umsetzung unterschiedlicher Verfahren auch an die Grenzen dieser Programme stoßen. Exemplarisch sei hier das Kodierschema nach Strauss und Corbin (1996) erwähnt, welches ungeachtet der komplexen Netzwerkfunktion nur eingeschränkt umgesetzt werden kann.

Nicht zuletzt da QDA-Packages ein Werkzeug und keine Analysemethoden darstellen und das denkende Subjekt lediglich beim Anwenden sozialwissenschaftlicher Methoden unterstützen, muss der Methodenwahl weiterhin uneingeschränkte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der/Die HandwerkerInnen, und nicht das Werkzeug, sollte bestimmen, an welcher Schraube gedreht wird. Zunehmend wird jedoch von einigen Forschenden die Entscheidung für oder gegen CAQDAS vor, anstelle nach, der Methodenwahl gestellt. Die Computerprogramme werden dabei oftmals als Garant für qualitativ hochwertige Forschung vorgelegt.

In einschlägigen Publikationen werden QDA-Packages Effizienz bei der Datenorganisation sowie erhöhte Transparenz und in weiterer Folge ein Gewinn an Reliabilität und Validität nachgesagt (Kuckartz 2007). Übersicht und Transparenz können mit Sicherheit differieren, wobei die bedingungslose Annahme einer Steigerung dieser einen Trugschluss darstellt. Persönliche Vorlieben von Forschenden sowie deren Computerkenntnisse sind dabei nicht unwesentliche Faktoren. Die Technisierung der qualitativen Forschung kann darüber hinaus die Distanz der Forschenden zu ihren Daten erhöhen, was sich wiederum auf die Validität der Ergebnisse auswirkt. Ebenso verleitet die Anzeige absoluter Häufigkeiten

einzelner Elemente zu einer vorschnellen Quantifizierung qualitativer Ergebnisse, was in Bezug auf qualitative Samples nicht unproblematisch ist.

Abgesehen von den zuvor genannten Bedenken, sind QDA-Packages jedoch nützliche Werkzeuge, welche ihre Stärken vor allem in umfangreichen Projekten ausspielen. Digitales *code and retrieve* ermöglicht Forschenden die Bewältigung großer Datenmengen sowie die kontinuierliche Reflexion der Ergebnisse. Das Vergleichen unterschiedlicher Datensegmente wird durch die ausgefeilten Filterfunktionen erleichtert, die Möglichkeit ganze Sub-Projekte digital zu fusionieren auch auf internationale Gegenüberstellungen ausgeweitet. Für die Vermittlung qualitativer Methoden der empirischen Sozialforschung führt heute kein Weg an CAQDAS vorbei. Neben den Vorteilen solcher Programme, halten wir eine kritische Reflexion der damit verbundenen Problemfelder und Fragestellungen für essenziell.

Soll einer zunehmenden Aufspaltung der qualitativen Methoden entgegengewirkt werden, sehen wir eine weitreichende Wissensvermittlung über unterschiedliche Bereiche der qualitativen Sozialforschung als notwendig an. Nur so kann dieses zunehmend auseinanderklaffende Feld gefasst und wieder zueinander geführt werden. Dafür benötigt es auf Seiten der Lehrenden jedoch umfassendes theoretisches sowie auch praktisches Wissen über die unterschiedlichen Ausprägungen des qualitativen Paradigmas. Diese Zusammenführung kann nicht die Aufgabe von QDA-Packages sein, welche eine zunehmende Bündelung lediglich durch praktisch-pragmatische Gründe erzielt. Demnach ist es die Aufgabe von Lehrenden, diese Problematik zu thematisieren und in Form einer theoretisch-praktischen

Wissensvermittlung weiterzugeben. Dies sollte sich jedoch nicht auf universitäre Lehrveranstaltungen beschränken, sondern zunehmend auch auf Workshops, wie das Berliner Methodentreffen, ausgeweitet werden.

Literatur

Bischof, Christian/Müller, Karl/Smioski, Andrea (2009): Archivierung qualitativer und quantitativer Daten an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien. URL: http://www.wisdom.at/Publikation/pdf/FoBerichte/2009_01_fobe_14_rchivierungqualitativerquantitativerDaten.pdf, 16.10.2010

Flick, Uwe (2009): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek bei Hamburg

Glaser, Barney G./ Strauss, Anselm L. (1967): The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research. New York

Knoblauch, Hubert (2007): Thesen zur Lehr- und Lernbarkeit qualitativer Methoden. In: Forum Qualitative Sozialforschung, Volume 8, No.1, Jänner 2007. URL: <http://www.qualitative-research.net/fqs/>, 16.10.2010

Kuckartz, Udo (2007): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. Wiesbaden

Lee, Raymond M./Fielding, Nigel G. (1995): User's Experiences of Qualitative Data Analysis Software. In: Kelle, U. (Hg.): Computer-Aided Qualitative Data Analysis. Theory, Methods and Practice. London

Mey, Günter (2007): Qualitative Forschung in der Lehre ... eine Leerstelle? Kommentar zu: Jo Reichertz: Qualitative Sozialforschung - Ansprüche, Prämissen, Probleme. Erwägen-Wissen - Ethik, 18. 225-258. URL: http://www.ssoar.info/ssoar/files/2008/0/MEY_Reichertz_EWE_2007.pdf, 16.10.2010

Strauss, Anselm L./Corbin, Juliette (1996): Grounded Theory. Grundlagen Qualitativer Feldforschung. Aus dem Amerikanischen von Solveigh Niewiarra und Heiner Leggewie.

„Unibrennt-Bewegung“ und die real universitäre Linke – eine (selbst-)krit

von Elmar Flatschart

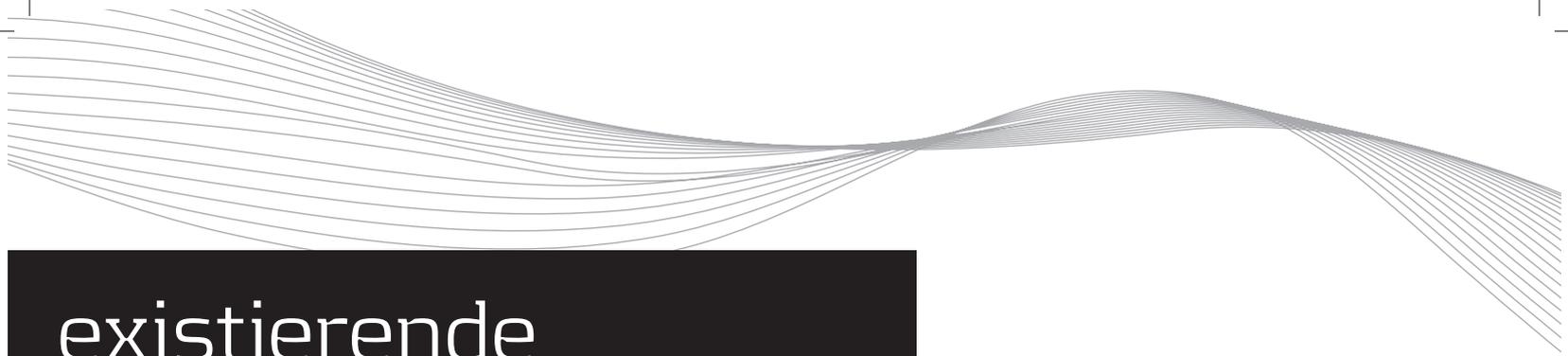
DOC-Stipendiat der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Institut für Politikwissenschaft

Selten bildet die Ausweisung des eigentlichen Motivationshintergrunds den Einstieg ins publizistische Schaffen. Dies bietet sich hier aber an, ist doch der Grund für diesen Artikel die fehlende Behandlung des „brennenden“ Themas in früheren Politix-Ausgaben. Offensichtlich ist unibrennt nämlich nicht nur an mir, sondern auch an anderen Personen und Zusammenhängen, die schon länger im Moloch Universität anzutreffen sind, in eigentümlicher Weise vorübergegangen. Nicht dass jemand die Existenz, die „Highlights“ und die ungefähre Verlaufsform des letzten heißen Herbstes hätte verpassen können – dafür waren die Proteste viel zu sehr in Medien und nicht zuletzt auch im gemütlich von zu Hause konsumierbaren Internet präsent. Obwohl – oder vielleicht: gerade weil – unibrennt eigentlich offen, leicht zugänglich und in fast schon gespenstischer (weil in größeren Maßstäben funktionierender) Weise „selbstorganisiert“ war, schienen weite Teile der im und um die Universität herum organisierten „Linken“ paralysiert zu sein und wussten oftmals zuerst gar nicht richtig, wie sie mit dem Phänomen umgehen sollten. Dieser Eindruck ergab sich mir aus zahlreichen Gesprächen mit Bekannten und FreundInnen, aber auch aus dem Verhalten einiger bekannter Gruppen und Zusammenhänge.

Wie kann es nun also sein, dass unibrennt für so viele Menschen mit emanzipatorischem Anspruch ein unbeschriebenes Blatt blieb, die Bewegung weitgehend der „jungen Generation“, dogmatischen Polit-Sekten, einer mehr als laschen österreichischen

„Zivilgesellschaft“ und bloß wenigen engagierten Einzelpersonen aus dem Kreis der kritischen Lehrenden und unipolitischer AktivistInnen überlassen blieb?

Die damalige Sonderausgabe der Unique versammelt ein (uni-)politisches Lager mit einer klaren Antwort: die Bewegung war es für „wirklich Linke“ schlicht nicht wert, sich dafür herzugeben. Sie wurde als reduktionistisch, ideologiebefangen und von vorneherein zum Scheitern verurteilt demarkiert. Die Stimmung dieser gerade im ÖH-Umfeld und universitär verorteten Linken alles andere als minoritären Position manifestiert sich treffend in folgender Überschrift eines Artikels aus der damaligen Unique: „Der gefährliche Wahnsinn der ‚Bewegung‘“. Ich halte diese Einschätzung für problematisch (1). Es liegt mir zwar fern über die Wahrnehmungen einzelner hinwegzugehen, die frustriert von tatsächlichen Versuchen der Partizipation und geschockt von sicherlich zuhauf vorkommenden sexistischen o.ä. übergriffigen Verhaltensweisen einiger PartizipantInnen von der Bewegung abließen. Diese Wahrnehmungen sind ebenso wichtig wie die Ausweisung und Kritik von in der Bewegung existenten ideologischen Formen und anderer problematischer Praktiken. Trotzdem ist weder die Diktion noch die Reichweite der Kritik haltbar: Gerade „erfahrene“ AkteurInnen undogmatischer sozialer Bewegungen sollten wissen, dass mit der Größe und Offenheit von Initiativen immer auch der inhaltliche Konsens und die Geschlossenheit der eigenen Reflexions- und Umgangsformen leidet. Die Unibewegung als solches, bzw. ihre Manifestation, die AudiMax-Besetzung, konnte demnach gar nicht als solche ein „linker Freiraum“ sein – dafür war sie zu groß, heterogen und pluralistisch. Sie war jedoch eine Bewegung, die zumindest im Kern auf einige



existierende politische Rekapitulation

progressive Kernelemente baute. Deshalb hätte sie für emanzipatorische AkteurInnen v.a. als ein Residuum kleinteiliger und mühsamer Veränderungsprozesse sein sollen, in der v.a. auch einzelne Individuen und losere Gruppenzusammenhänge „politisch sozialisiert“ werden können. Während orthodox marxistische Organisationen diese Intervention seit jeher sehr pointiert (und borniert) betreiben und auch diesmal wieder präsent waren, schien es weniger dogmatischen, starr organisierten und machtpolitisch kalkulierenden Zusammenhängen schwer zu fallen, Fuß zu fassen.

Anstatt die Bewegung für etwas zu kritisieren, das sie nicht war und auch gar nicht sein konnte, sollte bei den eigenen Strukturen angefangen werden. Spätestens hier kann auch die berechnete Frage beantwortet werden: Was hat dies alles in der Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft verloren?

Einerseits finden die Proteste natürlich in und um das Institut statt. Andererseits muss jedoch die Frage gestellt werden, inwieweit davon geredet werden kann, dass das Institut für Politikwissenschaft in diese Proteste eingebunden war oder ist. Diese Frage stellt sich weniger (alleinig) hinsichtlich der tatsächlich institutionell gebundenen Personen und Strukturen, dem „Lehrkörper“ und der Administration. Sie stellt sich jedoch viel mehr angesichts einer holistischeren Betrachtung des „Mikrokosmos Politikwissenschaft“, denn so gesehen kann das Institut als sozialer Raum und Feld politischer Praxis betrachtet werden. Aus dieser Perspektive kann nur von Tendenzen, (symbolischen) Aufladungen und halbdurchlässigen strukturellen Verstärkungen die Rede sein, präzise - gar wissenschaftliche - Aussagen sind selbst für diesen beschränkten Raum schwer zu erlangen. Nichtsdestoweniger ist es sinnvoll, dieser

Ebene nachzuspüren. Meine These ist hier, dass der „Mikrokosmos Politikwissenschaft“ in den letzten Jahren einen signifikant „linken“ und kritischen Anstrich bekommen hat. Dies äußert sich nicht nur im Lehrangebot und den Lehrenden selbst, sondern ist als „Klima“ spürbar, selbst für Personen (wie mich), die nicht mehr voll im Studium integriert sind, da sie die Querschnittsmasse des/der „VollzeitstudentIn“ verlassen haben. Letztlich denke ich, dass auch der Wechsel der Studienrichtungsververtretung in diesem Lichte zu betrachten ist: Die alte Bagru Politikwissenschaft war zwar kritisch und auf ihre Weise wohl auch „links“, allerdings repräsentierte sie in ihrer Ausrichtung zumindest lange Zeit eine relative Distanz vom Mainstream des Studiums (der eben auch nicht so überwiegend „links“ war) und war auch ihrer Organisationsform nach für viele Studierenden wohl wenig einladend. Einzuordnen wäre sie eher in der vorher benannten Position „ÖH-Umfeld und universitär verortete Linke“ (2), die den Protesten schnell sehr kritisch oder zumindest ratlos gegenüberstand. Die 2009 erfolgte institutsinterne Verschiebung des politischen Mandats der Studienrichtungsververtretung, welche doch eine recht abrupte und deutliche war, illustriert also einerseits eine interne Entwicklung des Mikrokosmos PoWi. Sie hatte aber andererseits auch hinsichtlich der Unibrennt-Bewegung Folgen: Die neue Krisp-Führung war den Protesten gegenüber deutlich wohlgesinnt eingestellt und förderte den studentischen Aktivismus nicht nur passiv oder durch partielle Einflussnahme, sondern war (und ist) an seinem Fortgang aktiv beteiligt.

Manche mögen an dieser Stelle anhalten und verneinen, dass die Sache damit geklärt ist: es gibt die neuen, „guten“ Strukturen, die es fertigbringen, Teil der Proteste zu sein; und die alten, „schlechten“ universitären Linken, die nicht von ihrem Sessel

hochkommen oder die Bewegung bloß von außen aufs giftigste bespeien.

So einfach ist es aber nicht, denn nicht nur ist der Mikrokosmos PoWi als integriert in einen breiteren emanzipativeren Makrokosmos „universitäre Linke“ zu denken; auch ist die Wertung der Positionen schlussendlich nicht zu halten. Spontaner Aktivismus, (dessen) Organisation und strukturelle Absicherung sind ohne Zweifel wichtige Momente universitärer (und gesamtgesellschaftlicher) Emanzipationsversuche. Sie stellen die im engeren Sinne „politische(n)“ Frage(n), beschäftigen sich mit tagesaktuellen Themen, welche von allgemeiner Bedeutung sind und versuchen in die sogenannten „Kräfteverhältnisse“ einzugreifen. Diese Ausrichtung, in der sich – grob generalisiert – neuere Entwicklungen am Institut und die Machart und Stoßrichtung (eines Gros) der AudiMax-Bewegung treffen, hat allerdings auch ihre Schwächen und Kehrseiten. Diese lassen sich – nicht zufällig – paradigmatisch im Widerspruch zur Position der etablierten universitären Linken erläutern. Während letztere Zusammenhänge sich durch langjähriges und langsames „Hineinwachsen“ in eine „alternative“ Sozialisierung auszeichnen, beruht die politizistische Strategie auf einer schnellen und themenorientierten Anziehung möglichst vieler Menschen. Dabei kommt es leicht zu einer Art „Durchlauferhitze-Effekt“: Menschen engagieren sich kurzfristig intensiv und schenken einen großen Teil ihrer (freien) Zeit „der Politik“, um dann nach einigen Wochen oder Monaten völlig ermattet wieder zurück ins „normale Leben“ zu kehren. Eine derartige Politisierung ist nicht nachhaltig, gerade weil sie sich auf die Politik beschränkt und nicht die gesamte Lebensrealität der AkteurInnen verändert. Es geht hier aber nicht nur um Subkultur, denn das Modell Aktivismus in der Politikform ist notwendig auch wenig(er) sensibel für Ideologien, personale Unterdrückungsverhältnisse bzw. Ausschlüsse und distanziertere kritische Betrachtung von Zusammenhängen – hierfür braucht es Zeit, Ruhe und ein geeignetes Umfeld, denn eine diesbezügliche Sensibilisierung, ein derartiges Lernen, setzen eine profunde Veränderung der Einzelnen voraus. Nun kann nicht absolut negiert werden, dass dies auch im Rahmen von politizistischen Netzwerken möglich ist, es ist jedoch durch die starke Formdetermination des „Politischen“ jedenfalls viel schwieriger und in den meisten Situationen wohl unmöglich. Die Sozialisierung im mehr oder minder emanzipatorischen Makrokosmos „Universitäre Linke“ (die nicht zuletzt stark auch im Umfeld der diversen ÖH-Strukturen stattfindet) ermöglicht eine graduelle Entwicklung hin zu einer umfassenderen

und meist nachhaltigeren linken Identität (3). Zweifelsohne ist diese Identität (beständig!) zu kritisieren und zu transzendieren und weist ihrerseits problematische Ausschlussmechanismen und ideologische Verklärungen auf. Sie gewährleistet jedoch eine kontinuierlichere Entwicklung von alternativen Strukturen und Lebensweisen. Sie trägt so letztlich auch zur Veränderung eines (gesamtgesellschaftlichen) Klimas bei bzw. ist der einzige Weg dorthin. Während „Kämpfe“ und „Bewegungen“ in der Politikform aufgehen, sich notwendig mit den Themen oder den mehr oder weniger strukturell eingerahmten „Kampfzyklen“ ein gutes Stück weit selbst erledigen, da schlussendlich nach dem Ende der „Kämpfe“ nur der „harte Rest“ der „BerufspolitikerInnen (oder RevolutionärInnen)“ übrigbleibt, machen gerade Momente, die eigentlich „antipolitisch“ sind, nicht oder nur schwer politisierbar sind und das mehr oder minder sublimen „Hintergrundrauschen“ der „articulated politics“ darstellen, die Kontinuität und Dichte von emanzipatorischen Bewegungen aus. Sie prägen nicht zuletzt auch wirklich ernsthafte Politiken, denn nur die ruhigeren Phasen abseits des Aktivismus ermöglichen eine (selbst-)kritische Sondierung und Schärfung der eigenen Vorstellungen und Lebenswelten, was als Voraussetzung für emanzipatorische Politik zu gelten hat. Hierzu kann dann auch das (bedächtig und ausgewählt betriebene) Studium der Politikwissenschaften beisteuern. Für all dies ist die allzu starke Fokussierung auf den Aktivismus bzw. eine politizistische Grundhaltung geradezu hinderlich, weil sie nicht nur zeitmäßig, sondern auch im Bezug auf die (eigenen) Perspektiven von Momenten einer emanzipatorischen Sozialisierung wegführt (4).

Diese Ausweisung der Gefahren und strukturellen Selektivitäten eines manifesten linken Aktivismus/ Politizismus darf nun aber erneut nicht als Absage an Basisarbeit, Aktivismus und das Agieren in der Politikform schlechthin verstanden werden. Wie schon anfangs gesagt, liegt mir nichts ferner als die zuerst einmal politische und aktionistische „Spitze“ der AudiMax-Bewegung als solche zu desavouieren. Diese Sache ist schlicht so widersprüchlich wie sie klingt: Aktivismus/ Politizismus und eine nachhaltige linke Sozialisierung schließen sich punktuell zu einem hohen Grad aus. Trotzdem sind sie aufeinander angewiesen, denn es bedarf nicht nur der – meist nur vermittels spektakulärer und zugespitzter politischer Inszenierungen erreichbaren – Erneuerung und (im Idealfall) Vergrößerung linker Zusammenhänge, auch zeichnen sich soziale Bewegungen natürlich dadurch aus, dass sich etwas bewegt – hierfür bedarf es politischer Impulse von außen, damit etablierte

alternative Lebenswelten nicht zu Szenesümpfen verkommen oder in der „Flucht zur Landidylle“ enden. Im Umfeld der akademischen Landschaft lauert außerdem stets auch noch die Gefahr der „Wegetablierung“ in formellen Institutsstrukturen, universitären Leistungsdünkel und dem völlig abgekapselten Elfenbeinturm (Mainstream-wissenschaftlicher, aber auch kritischer) Theorie. Geht der Blick also über die einzelne Situation, einen engen Zeitrahmen und eingegrenzten Raum hinaus, bedingen sich beide Seiten gegenseitig. Auf den Punkt gebracht: Es kommt auf die Mischung, oder besser, die Vermittlung, an.

Durchaus auch selbstkritisch bleibt festzustellen, dass diese Vermittlung seitens der universitären Linken schief gegangen zu sein scheint: progressive AkteurInnen, die in irgendeiner Weise institutionell, habituell oder inhaltlich an den sozialen Raum „Universität“ gebunden sind (dies inkludiert natürlich gerade auch wissenschaftliches Personal im weiteren Sinne), haben es nicht geschafft, „longue durée“ und „kurze Wellen“ emanzipatorischer Bestrebungen zusammenzubringen. Welche Gründe lassen sich hierfür finden? Es gibt sicher zahlreiche, aber ich möchte hier vorerst zwei aufwerfen.

Zum einen ist es wichtig, Probleme nicht nur personalisiert zu betrachten, sondern in einem breiteren Kontext. Der etablierten universitären Linken mangelt es an Strukturen, die sich bewusst um Vermittlungs- und Vernetzungsarbeit bemühen – sowohl untereinander, als auch nach außen bzw. gegenüber „Bewegungen“ wie unbrennt. Bestehende Netzwerke und Strukturen sind meist nur nach innen gerichtet und dementsprechend „zweckgebunden“. Auf Grund des Mangels funktionierender Transmissionsriemen, ist es nur verständlich, wenn sich Einzelne, die mit dem Status Quo eines Nebeneinanders unzufrieden sind, überfordert fühlen und den Anschluss neuer AkteurInnen an bestehende Netzwerke, wie auch die Intervention in die Bewegung(en) nicht zuwege bringen.

Andererseits muss die universitäre Linke aber auch an der Abgeschlossenheit in den Köpfen arbeiten. Wiewohl die Herausbildung einer „alternativen Lebenswelt“ gegenüber bloßem Polit-Aktivismus die oben genannten Vorteile birgt, führt sie zuweilen auch zu dogmatischen Verengungen und Unverständnis gegenüber jenen, die noch nicht Teil der eigenen Zusammenhänge sind, „unreflektiert“ und rücksichtslos erscheinen (und es wohl oft auch sind). Es ginge hier auch darum, differenzierte Einschätzungen manchmal vor persönliches Empfinden zu setzen und sich bewusst der

„mühsamen“ Widersprüchlichkeit zu stellen, die sich ergibt, wenn Versuche einer gelebten Utopie und die reale Welt da draußen aufeinanderstoßen. Letztlich hat sich schließlich auch der emanzipatorische Gehalt von alternativen Strukturen daran zu messen, wie sehr sich selbige ihrer eigenen Situierung mitsamt der Privilegien, Wissensvorsprünge und erweiterten Lebensperspektiven bewusst sind und gegenüber anderen dessen eingedenk handeln. Dann würden sie ernsthafte AkteurInnen von Bewegungen wie unbrennt für ihren mangelnden Reflexionsstand eher bemitleiden als verteufeln und versuchen, möglichst vielen den Zugang zu der eigenen, „besseren“ Lebenswelt zu eröffnen. Wenn dies nicht gelingt, dann müssen wohl auch diese Lebenswelten selbst hinterfragt werden – auf dass sie besser werden und für möglichst viele ein möglichst gutes und widerständiges Leben ermöglichen.

Anmerkungen

(1) Ebenso problematisch war/ist jedoch viel von dem, was als kritische Reaktion auf die Unique-Ausgabe verlautet wurde. Eine Auseinandersetzung mit der längeren Debatte, die sich in linken Medien zu diesem Thema entspannte, würde diesen Artikel allerdings sprengen.

(2) Gleichwohl möchte ich mich dezidiert dagegen verwehren, dass jene Position insgesamt als „anti-deutsch“ zu bezeichnen ist. Diese Benennung mag für die Bagru Powi mehr oder minder zutreffend sein, aber das Feld universitärer Linker, welches ich hier beschreiben möchte, geht über eine derartige Ausrichtung sehr weit hinaus und umfasst beträchtliche Teile von feministischen, queeren, „autonomen“, mehr oder minder anarchistischen und an manchen neomarxistischen Positionen orientierte Zusammenhänge (und einiges mehr, dass nicht in diese Schubladen passt, sich z.B. eher soziokulturell definieren ließe). Diese Pluralität findet sich selbst noch in der genannten „Unique“-Ausgabe wieder, weswegen auch hier längst nicht alles über einen Kamm geschert werden kann.

(3) Mehr oder minder homogene Identitätskonzepte bleiben meiner Einschätzung nach trotz oder gerade auf Grund der vielbeschworenen Absage an die „Identitätspolitik“ relevant: KritikerInnen identitärer Festschreibungen setzten jene oft nur unbewusster und/oder versteckter um.

(4) Dass es hier - wie schon vorweggeschickt - um Tendenzen geht, muss klar sein. Ebenso wie der/die AktivistIn oft einen oberflächlichen (und oft auch kurzen) Shift der Selbstwahrnehmung erfährt, gehen auch hartgesottene „Szene-Linke“ immer mal wieder auf Demos und lassen sich für die eine oder andere spektakuläre Aktion erwärmen. Letztlich sind konkrete Zuschreibungen auf dieser individuellen Ebene auch kaum zu halten.

Von Politix rezensiert:

Das unermüdliche Bohren harter Bretter

Der Titel ist symptomatisch für eine Politikerin der Grünen, insbesondere, wenn sie für die Rechte von Minderheiten eintritt und dabei ihre burgenländisch-kroatischen Wurzeln betont. Aufsehen und Kritik erregte bereits ihre parlamentarische Antrittsrede in kroatischer Sprache.

Der Einstieg ins Buch beginnt unmittelbar mit einem Interview mit Terezija Stoisits, indem ihre persönlichen Ansichten ihre Authentizität als Politikerin unterstrichen werden. Anton Pelinka führt den Titel auf Max Weber zurück. Er fügt hinzu, dass für eine Oppositionspolitikerin die Bretter besonders dick sind, in einem System, wo Parlamentsmehrheit und Regierung de facto identisch sind. In *Roter Faden durch die Publikation* beschreibt Andreas J. Obermaier seine Hauptthese einer erfolgreichen (Grünen) Oppositionspolitik mit dem Begriff Process – Tracing. „Mit Process-Tracing ist schlicht gemeint, dass mit unterschiedlichen Quellen präzise gezeigt wird, wie die Sequenz der Ereignisse war, um Ursache und Wirkung von politischen Abläufen auseinander halten zu können.“ (S. 27). Der Aufbau des Buches umfasst drei Kernbereiche: Eine Kurzbiografie von Terezija Stoisits auf ihrem Weg ins Parlament. Eine Vorstellung der Politikbereiche, die von ihr - im und außerhalb des Parlaments - bearbeitet wurden und erfolgreich waren oder zumindest einen Diskurs ausgelöst haben. Und zuletzt Terezija Stoisits *Im Spiegel der Anderen*, wo NationalratskollegInnen, MitstreiterInnen bis hin zu medialen GegnerInnen ihre Persönlichkeit unterschiedlich beurteilen. Die Ansichten reichen von: „Die faire Nervensäge“ (Johannes Jarolim), „von hohen Idealen beseelt“ (Andreas Khol), „herzlich und prinzipientreu“ (Maria Fekter), „viel Feind, viel Ehr“ (Lisa Nimmervoll), bis hin zu „das lose Mundwerk der Grünen“ (Staberl, Kronenzeitung), „afro- und türkophil ohne Wenn und Aber“ (Jeanne, Kronenzeitung). Ich empfehle „Das unermüdliche Bohren harter Bretter“ nicht nur SympatisantInnen (Grüner) Oppositionspolitik, sondern allen, die einen Einblick in die Praxis parlamentarischer Tätigkeiten gewinnen wollen.

Gerti Zupanich

Redaktionsmitglied und Absolventin des ipw

Rezension: Obermaier, Andreas J.: Das unermüdliche Bohren harter Bretter. Die parlamentarischen Spuren von Terezija Stoisits 1990-2007, Wien, 2010.

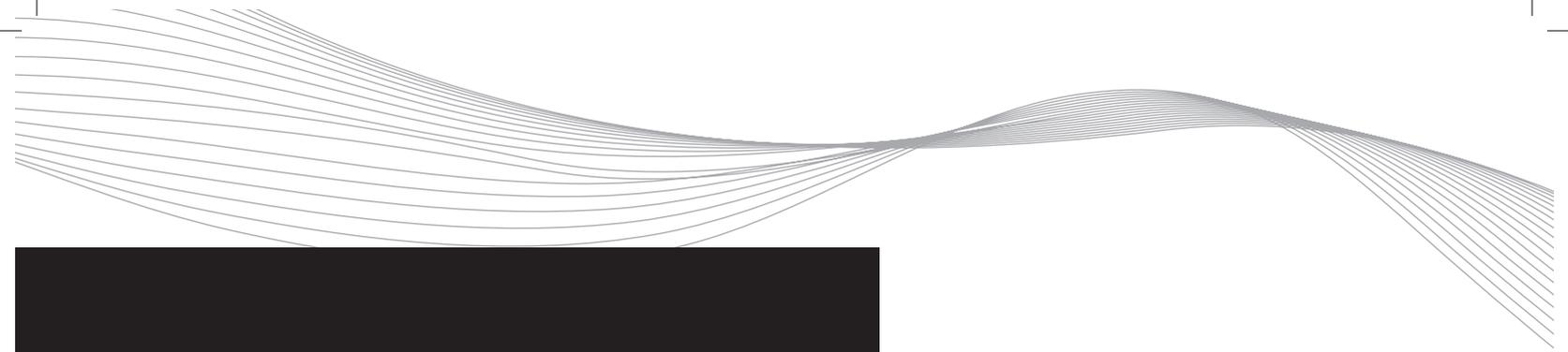
Nordkorea wissenschaftlich aufarbeiten: ein Widerspruch?

Wer sich Nordkorea politikwissenschaftlich nähert, hat es sehr leicht oder sehr schwer: sehr schwer, da Nordkorea dank seines aktiv betriebenen Isolationismus praktisch nicht erforschbar, ernst zu nehmendes Material sehr begrenzt und Quellen spärlich vorhanden, zumeist wenig aktuell und oft mit Vorsicht zu genießen sind. Quantitative Forschung vor Ort ist ohnehin ein Ding der Unmöglichkeit. Sehr leicht haben es ForscherInnen aus denselben Gründen: Wenig begangenes Terrain bietet Freiheit. Quellenprobleme, Interpretationsdilemmata und die Unmöglichkeit der Datenbeschaffung sind auch Probleme, welche dem Autor bei seiner Arbeit an der „Causa Nordkorea“ zu schaffen gemacht haben. Ein mutiges Vorhaben also, sich mit Nordkorea auf dieser Ebene auseinander zu setzen und einen Lauf ins Leere zu riskieren. Das ist in dieser Arbeit nicht passiert. Methodisch wendet der Autor einen qualitativen Ansatz an und konzentriert sich auf Literaturrecherche und die Interpretation von Sichtweisen und Stellungnahmen über das Land und sein politisches System. Begleitet von einer These, welche das „Dilemma“ Nordkoreas im Spannungsfeld zwischen Reformen, Zementierung, dem Widerspruch zwischen der Juche-Philosophie und einer Öffnung des Landes unter der Gefahr eines drohenden Zusammenbruchs des totalitären Systems verortet. Theoretisch nähert sich der Autor der Nordkorea-Thematik mit einer Kritik des Neorealismus. Die Arbeit bietet vor allem LeserInnen, die sich Grundwissen über Nordkorea und sein System aneignen wollen, eine reiche Themeneinführung und Literaturübersicht. Viel Relevantes wird erfahreneren LeserInnen nicht geboten, und auch die gewonnenen Erkenntnisse zum „Dilemma“ vermögen die LeserIn nicht zu überraschen. An gewissen Stellen wäre eine geschichtliche Einbettung erleuchtend gewesen: Sie hätte die Unmöglichkeit der Erklärung nordkoreanischer Machtstrukturen abgeschwächt, und gewisse Zusammenhänge, die in der Arbeit im Dunklen bleiben, wären leichter zu verstehen.

Adrian Ortner

Absolvent am ipw und Redaktionsmitglied

Rezension: Stinger, Karl [Hg.]: Die Causa Nordkorea – Wie berechenbar ist das totalitäre und isolationistische Regime wirklich?, Marburg, 2009.



Das Minimum an Freiheit

Der moderne Staat ist unhintergebar. Demokratie ist, auch im modernen Rechtsstaat ein stets unvollendetes Projekt indem beständig konkurrierende gesellschaftliche Interessen prozessiert werden und dadurch eine abstrakte Bestimmung des Gemeinwohls unmöglich machen. Das Recht hüllt die realen Machtverhältnisse im Staat in den Schleier vertraglich geregelter Ausbeutung und bestätigt die Zugehörigkeit der Vertragsparteien zu bestimmten Interessensgruppen (Rackets), die Wohlfahrt und Zwang zu den Polen des politischen Systems machen. Die Aufgabe des Vertragssystems liegt in der Berechenbarkeit des ökonomischen Systems und der Garantie eines Minimums an Freiheit. Der Staat ist unhintergebar, weil er den Individuen, die sich seiner Zwangskollektivierung unterwerfen, das Minimum an Freiheit garantiert, das sie brauchen, um ein demokratisches System, das diesen Namen verdient, aufrecht zu erhalten.

Die kritische Theorie des Staates versucht daher, die politischen Strukturen von staatlicher Ordnung in ihrer theoretischen und realen Ausprägung zu analysieren, ohne sich der Affirmation schuldig zu machen. Franz L. Neumann sieht im Staat den empirisch notwendigen wie theoretisch negativen Ort der Freiheit. Er will durch eine Analyse, die sich politischem Moralismus durch die empirische Fundierung, die begriffliche Verankerung im allgemeinen Gesetz und die Festlegung auf das Minimum an Freiheit, entzieht, eine kritische Theorie ermitteln, die nicht zu sagen braucht, was das Beste ist. Sie braucht nur zu wissen, wie das Schlimmste zu verhindern ist.

Der Sammelband ist ein guter Einstieg in eine komplexe Materie, die Staatstheorie auf

virtuose Weise mit rechtswissenschaftlichen, soziologischen und historischen Fragen verbindet. Franz L. Neumann ist ein am Institut für Politikwissenschaft wenig rezipierter Autor dessen Aktualität nicht zuletzt in seiner spannenden Interpretation von Marx liegt, welche Überlegungen der aktuellen „kritischen“ Staatswissenschaft um Jahrzehnte vorweg nimmt. Die relative Autonomie des Rechts stellt dem Staat im Zusammenhang mit dem Kapitalismus bestimmte Aufgaben. Während im Konkurrenzkapitalismus das allgemeine Gesetz (abstrakte Regel, die prospektiv erlassen wird) den Erfordernissen entspricht, behält im Monopolkapitalismus dieses allgemeine Gesetz zwar seine Form, die Zentralisierung von Machtansprüchen höhlt ihren Inhalt aber aus. Sie verliert ihre abstrakte Funktion und wird zunehmend zum individuellen Befehl, durch den Willkürherrschaft (über das Recht) Eingang in den Rechtsstaat ermöglicht wird. Das Minimum an Freiheit kann so nicht mehr gewährleistet werden, die Dialektik der Aufklärung wird damit einseitig aufgehoben, das Politische wird eliminiert, und die Herrschaft der stärksten Interessen vollzieht sich ohne die Garantie negativer Freiheit für die der Macht unterworfenen Individuen. Neumann nennt diesen Unstaat in seiner gleichnamigen Studie: Behemoth.

Stefan Marx

Dissertant am ipw und Redaktionsmitglied

Rezension: Salzborn, Samuel [Hg.]: Kritische Theorie des Staates. Staat und Recht bei Franz L. Neumann, Baden-Baden, 2009.

ZusammenReden

Den HerausgeberInnen (Allgäuer, Kreutzer, Schmidinger) ist ein bemerkenswertes Buch gelungen. Die neun Debatten über Integration mit jeweils verschiedenen virulenten Themen wie Arbeit, Bildung, Religion oder Geschlechterverhältnisse lesen sich äußerst lebendig und spannend. Jedem Kapitel ist ein kurzer Überblick vorangestellt, der die im Kapitel besprochene Thematik prägnant skizziert. Durch die Transkription des gesprochenen Wortes werden viele Sachverhalte verständlicher transportiert als das in einer wissenschaftlichen Publikation der Fall wäre, ohne hochkomplexe Wissenschaftsrhetorik. Und das ist letztendlich, wie Integrationsgespräche passieren sollten, auf einer Augenhöhe, mit jenen Menschen, die täglich am Arbeitsplatz, in der Schule oder im Wohnhaus mit Problemen infolge mangelnder Integration konfrontiert sind. Etwa wenn eine Wiener Neustädter Volksschul-Direktorin als eines der größeren Probleme die mangelnden Muttersprachenkenntnisse identifiziert: „Und hinzu kommt, dass von einem beträchtlichen Teil dieser Eltern leider auch die Muttersprache nicht beherrscht wird. Und wenn ich die Muttersprache nicht beherrsche, kann ich eine andere Sprache nicht erlernen.“ Aus der ausgewogenen Durchmischung der DiskussionsteilnehmerInnen der im Buch behandelten neun Debatten resultieren sehr spannende Diskussionen und nachdenklich machende Aussagen. Beispielsweise wenn zum Thema Religion ein Islamwissenschaftler das momentane Dilemma skizziert: „In Europa gibt es warnende Stimmen gegen eine Islamisierung des Kontinents. Auf der anderen Seite hört man in der Moscheegemeinde immer wieder, dass man die Verwestlichung vermeiden sollte.“

Man fühlt sich als LeserIn richtiggehend in die Diskussionen hineinversetzt. Verstärkt wird dieses Gefühl durch die Beiträge und Fragen aus dem Publikum, das die Debatten sehr zahlreich besuchte – in Wiener Neustadt nahmen mehr als 500 Personen als ZuhörerInnen an der Reihe teil. Zusammenfassend handelt es sich beim vorliegenden Werk um ein sehr lesenswertes und trotz seiner Unkompliziertheit besonders lehrreiches Buch, das deutlich aufzeigt, wo die Probleme aber auch positive Beispiele im Umfeld von Migration und Integration in österreichischen Kommunen zu finden sind.

Herwig Schinnerl

Projektmitarbeiter Caritas Wien

Alicia Allgäuer, Mary Kreutzer, Thomas Schmidinger (Hg.): ZusammenReden. Debatten über Integration in österreichischen Kommunen. 2010. Verein Alltag Verlag. 190 Seiten.

„Die Nomaden Europas“ Jahrbuch Polen 2010 Migration

Begriffe wie *Polonia*, *berlinńczycy*, *londyńczycy*, *remigranci* spiegeln jene Bandbreite polnischer Migrationserfahrungen wieder, welcher sich dieser Sammelband mit Hilfe publizistischer und wissenschaftlicher Essays, einer Reportage, einer Analyse und literarischer Texte widmet. Das Thema Migration ist eines der gesellschaftlich meist diskutierten Phänomene in Polen und der internationalen Polenforschung.

Die Problemstellungen von hybriden Identitäten und Selbst- bzw. Fremdwahrnehmung polnischer ImmigrantInnen werden von mehreren AutorInnen behandelt. Wielinśki prognostiziert deutschen Städten ein neues Bürgertum aus Polen, welches das klassische Bild des Handwerkers und der Putzfrau durch polnische ManagerInnen ersetzen wird. Dieser Wandel findet bereits jetzt im deutschen Bild von PolInnen statt, wie Uwe Rada mit dem Beispiel der Podolski-Generation veranschaulicht, jene zweite Generation von PolInnen, die sich in Deutschland heimisch fühlen, doch die Brücken nach Polen nicht abbrechen. Rainer Mende stellt überdies die Frage „braucht die Zukunft noch Herkunft?“. In Folge des EU-Beitritts Polens 2004 führte es polnische Arbeitssuchende aufgrund der Öffnung der Arbeitsmärkte vor allem nach Großbritannien und Irland. Doch diese Wanderungsentscheidungen sind nicht immer von Erfolg gekrönt wie Garapich am Beispiel eines obdachlosen Polen in England verdeutlicht. Krystyna Iglicka wägt die Kosten und Nutzen dieser Bewegung ab und weist unter anderem auf Phänomene wie *brain waste* und Euro-Waisen hin. Zwar liegt der Fokus des inhaltlichen Teils des Jahrbuches häufig auf der Migration von Polen nach Deutschland, doch es werden auch andere Zielländer und neuere Bewegungen thematisiert. Auch selten diskutierte Themen wie die Zukunftsperspektiven polnischer Studierender in Deutschland und die Einwanderungspolitik im traditionellen Auswanderungsland Polen kommen in diesem Band nicht zu kurz.

Die große Spannweite von Themen und spezifischen Fragestellungen der AutorInnen werden der Vielfalt von Migrationsphänomenen gerecht, auch wenn sich dadurch zwangsläufig Wiederholungen und Lücken ergeben. Leider kann nach geschlechtergerechten Formulierungen vergeblich gesucht werden, was gerade für den polnischen Zusammenhang, in welchem Feminismus noch einen weiten Weg zum Mainstream hat, von großer Bedeutung wäre.

Karima Aziz

Polonistin und Diplomandin am IPW

Deutsches Polen-Institut Darmstadt (Hg.):
Jahrbuch Polen 2010 Migration, Wiesbaden 2009.

STUDY EXPERIENCE SOUTH EAST ASIA

Seminars on
Development Studies,
Thai & Cambodian
Society & History,
Tourism Studies

SUMMER
2011

4 Weeks
11th July to
8th August

Deadline for
Application
15th April
2011

SUMMER SCHOOL Thailand & Cambodia

30 International Participants. International Lecturers. Field Trips, Seminars, Social & Cultural Programme in Bangkok, Chiang Mai, Phnom Penh, Siam Reap (Angkor Wat) and Other Places.

Info & Updates www.seas.at/studyexperience





politix

Wir suchen RedakteurInnen ...

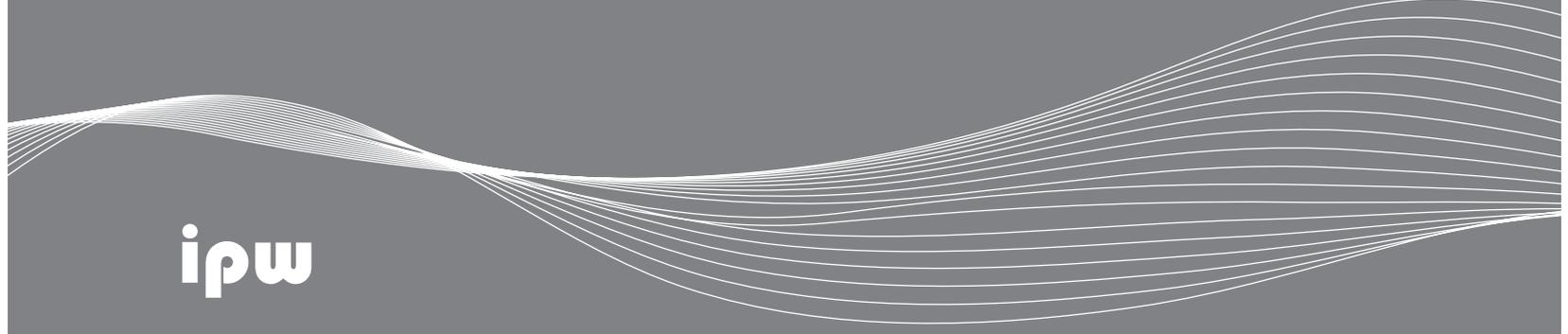
dein Interesse gilt gesellschafts-politischen Anliegen ...

du wolltest schon immer in die redaktionelle Arbeit einer Zeitschrift reinschnuppern ...

... dann bist du bei unserer Politix-Redaktion **willkommen!**

Wir verstärken unser redaktionelles Team und suchen kreative, aktive Studentinnen und Studenten!

Der Einstieg ist jeder Zeit möglich. Schreibe einfach eine Mail an politix.politikwissenschaft@univie.ac.at



ipw